

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
 Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Wie zivilisiert wird.

Durch die Zeitungen ging vor kurzem die frohlockende Nachricht, daß ein großer Theil der „Reservation“, d. i. das den Indianern belassene Land, für die Bleichgesichter erschlossen worden sei. Wie nun der weiße Bruder für den rothen gesorgt hat, ergibt sich aus folgenden Mittheilungen, welche wir nach dem „Wanderer“, einem katholischen Blatt der neuen Welt, wiedergeben.

Die Turtle Mountain-Chippewas sind die rechtmäßigen Besitzer von 11 Millionen Acres meist sehr fruchtbaren Landes. Man hat ihnen seitens der Vereinigten Staaten alles dieses Land wider ihren Willen und ohne Entschädigung genommen und weiße Ansiedler wohnen jetzt darauf. Die diesen Chippewas geliebte kleine „Reservation“ wird von ungefähr 400 Vollblut- und Halbblut-Indianerfamilien bewohnt. Nur ein Drittel dieses Landes ist pflügbare Brauereiboden, das übrige aber mit Steinen und Sümpfen bedeckt. Auf diesem elenden Landstücke sollen 1930 Indianer als Mängel der Vereinigten Staaten sich ehrlich ernähren!

Nachdem der Bund sie des größten und besten Theils ihres Landes beraubt hat, läßt er sie vor Kälte und Hunger in der Wüste unkommen. Man erwartet von ihnen, daß sie sich durch Landbau nähren; aber der Bund hat ihnen keine Geräthe zu diesem Zwecke. Vater Stephan, ein Missionar und Agent des katholischen Indianerbureaus in Washington) schickte ihnen im Frühjahr letzten Jahres 24 Pflüge. Mit diesen haben sie im vorigen Jahre 2000 Acres jungfräulichen Bodens gepflügt. Eine Dreschmaschine haben sie ebenfalls von Vater Stephan. Dieser liefert sie auch mit Hauen an Stelle der gekrümmten Wurzel, mit denen sie vorher ihre Kartoffelfelder bearbeiteten. Erst im Januar jetzigen Jahres haben sie vom Bund 20 Pflüge erhalten, von denen sie im Frühling guten Gebrauch machen werden — wenn sie noch leben. Wie soll aber der Indianer ohne Ackergeräthe, ja fast ohne Saatfrucht und dazu noch in Fehljahren, wie die zwei letzten, eine Ernte erzielen? Selbst die fleißigsten dieser indianischen Bauern leiden an allem Mangel.

Wild und Fische giebt es nicht mehr in dieser Gegend, Arbeit für andere auch nicht. Das einzige Erwerbsmittel der Chippewas in diesem Winter ist Holzverkauf; sie schlagen das Holz in den Bergen, schleppen es aus einer Entfernung von 8 bis zu 15 Meilen nach Kolla, und dort bekommt der fleißige Indianer für das recht große Klasten guten Eichenholzes die große Summe von 75 Cents; aber nicht baar, sondern in Waare aus dem Dorladen.

Zuweilen erhalten einige der Indianer vom Bund „Rationen“ auf der Unter-Agentur in Turtle-Mountain. Eine volle Ration besteht aus 10 Pfd. Mehl und 2 Pfd. sehr fetten Schweinefleisch alle zwei Wochen für jeden Voll- und Halbblut. Obgleich sie aber gegenwärtig außer solchen Rationen gar keine Nahrung haben, bekommen sie keineswegs alle eine volle Ration, einige nur eine halbe und sehr viele gar nichts.

Vater Stephan weist aus den Büchern des Unteragenten nach, daß in den zwei ersten Wochen dieses Jahres nur für 599 unter den 1930 Bewohnern der Reservation Rationen verabfolgt wurden; in der zweiten Hälfte des Januar für 557; in den ersten zwei Wochen des Februar für 997; während des Restes des Februar nur für 535; für die erste des März 90 Säcke Mehl und 8 1/2 Faß Schweinefleisch. Schuld des Unteragenten ist dies nicht; er folgt einfach den Weisungen seiner Oberen.

Als im letzten Jahre die Sterblichkeit unter den Indianern schrecklich war, durfte der Unteragent keinen Sarg liefern, ja nicht einmal einen Nagel zur Anfertigung eines solchen. Die Schwestern der katholischen Mission in Turtle-Mountain gaben über 3000 Fuß Holz zur Verfertigung der nöthigen Särge her. Von den katholischen Indianern allein, deren Zahl ungefähr 1300 beträgt, starben über 100 in den letzten 18 Monaten, und zwar die Mehrzahl infolge von Hunger und Kälte. Die Zahl der Todesfälle würde noch größer sein, wenn die Schwestern die frierenden und hungernden Kinder nicht mit Kleidern und Nahrung versorgt hätten.

Das Elend dieser Chippewas, an dem sie keinerlei Schuld tragen, ist unbeschreiblich. Kurz vor der Ankunft des Bischofs Shanley und des Vaters Stephan fanden zwei Fälle von unzweifelhaft nachgewiesenem Hungertod statt.

Was die kurz vor der Ankunft der beiden Priester erfolgten zwei schrecklichen Todesfälle betrifft, so waren die Opfer: der Indianer Sun Dance Vater und seine Frau; erst starb letztere, 18 Tage darauf der Mann. Vier Zeugen, nämlich Mostwofatisis, Foolish Boy, Pierre La Verdure und Louis Belgarde, schilderten diese Fälle übereinstimmend, und es unterliegt nach ihrer offenbar durchaus wahren Darstellung keinem Zweifel, daß das Ehepaar buchstäblich Hungers gestorben ist. Als die Vier gefragt wurden, warum sie als Nachbarn den Hungernden und Sterbenden nicht geholfen hätten, erfolgte die für die ganze Sachlage bezeichnende Antwort: „Wir hatten nichts, das wir ihnen hätten geben können; wir hungerten selbst.“ Viele andere Indianer können jederzeit dasselbe bezeugen.

So tritt der zivilisierte Weiße als „Verbreiter der

Kultur, menschlicher Gerechtigkeit und christlicher Religion“ den armen, bellagenswerthen Naturvölkern entgegen.

Wir dürfen uns keinen Augenblick darüber täuschen, daß unser Kolonisiren in Afrika um keinen Deut besser ist! Wisemanns Pulver und Blei, Flinten und Kanonen sind unseres Erachtens auch keine Kulturmittel, ebensowenig wie die Wörmann'schen Dampfer mit Schnaps besetzt. Man muß auf dem Steinwärdler in Hamburg gesehen haben, in welchen Massen die Korbflaschen gefüllt, gepackt und verfrachtet werden, um die Heuchelei der deutschen Kulturmission in Afrika zu erkennen. Und wer giebt dem Europäer ein Recht auf das Land der Schwarzen? Auf die Früchte ihres Bodens, auf die Metalle ihrer Berge, auf die Jagdthiere aller Art? Wir nehmen ihnen ihr Land, ihre Nahrungsmittel, ihre Freiheit, ihr Leben — und nennen das zivilisiren und kultiviren.

Wir haben keine Ursache, uns gegen die Indianer vernichtenden Yankee's zu brüsten. Unsere „Kulturverbreitung“ wird genau dieselben Folgen haben, wie die amerikanische „Erschließung der Reservationen“, d. h. die Ausrottung der Eingeborenen. Merkwürdige Humanität! Von unseren eigenen Opfern zu Gunsten weniger Interessenten ist im Reichstag genügend gesprochen worden.

Korrespondenzen.

London, den 18. Mai 1890. Neben der Kunst der Erfinder der verschiedenen Universalheilmittel, die ja überall in der Welt im Großen leidet, giebt es wohl kaum einen Geschäftszweig, in dem hier mehr auf Anzeigen verwendet wird, als von Seiten der Vertreter der großen Seifenfabriken. Es klingt geradezu ungläublich, wenn man die Summen nennen hört, welche diese Leute für die Anpreisung ihres Fabrikats ausgeben, und doch müssen dieselben wohl richtig sein, denn in jeder Zeitung, jedem Unterhaltungsblatt, jeder Revue fällt das Auge auf die Seifen-Anzeigen, und auf der Straße machen uns alle möglichen und unmöglichen Anschläge von allen möglichen und unmöglichen Plänen auf diesen nützlichen Hausartikel aufmerksam oder richten gar die verblüffende Frage an den nichtahnenden Spaziergänger: „Guten Morgen, hast du A. N.'s Seife gebraucht?“ Vor einiger Zeit kaufte eine dieser Seifenfirmen von einem der ersten hiesigen Maler ein Bild um 2000 Pfd. Sterling und verwendete nicht weniger als 18000 Pfd. Sterling darauf, es in unzählbaren Abdrücken zu vervielfältigen, eine andere Firma, die einen Affen als Marke führt, erzwang im vorigen Sommer die Besucher eines bekannten Vergnügungsortes durch eine ganze Affenausstellung, die ihr, ich weiß nicht, wie viel gekostet hat, wieder andere suchen durch Stiftungen, Preisansuchen etc. dem Publikum ihr Fabrikat anzupreisen. Sie müssen wohl dabei ihre Rechnung finden, denn fast noch fabelhafter als das, was man von den für Reklame bestimmten Ausgaben der Seifenfabrikanten hört, klingt das, was man von ihren Einnahmen erzählt. Von den — ich glaube sechs — Theilhabern einer dieser Firmen soll jeder Einzelne ein Einkommen von jährlich 80 000 Pfund Sterling beziehen.

zenden Rahmen, inmitten dieser zarten Farbentöne, immer geschäftig mit seinem großen Bart und seinen langen Haaren. Die Passanten blieben auf dem anderen Trottoir erstaunt stehen, um ihn zu betrachten, wie er mit den Armen fuchtelte und seine Regenschirmgriffe schnitt. Und er betrieb Alldies mit einer fieberischen Hast, er fürchtete etwas zu verderben und stürzte sich immer mehr in diesen luxuriösen Handel, von welchem er nichts verstand.

Gleichwie bei Robineau, war nun auch bei ihm der Feldzug gegen das „Glück der Damen“ eröffnet. Er war mit seiner Erfindung, dem „Regenschirm mit Abzugsrinne“ hervorgetreten, welcher später so populär werden sollte. Uebrigens wurde seine Erfindung sofort durch das „Glück der Damen“ vervollkommen und nun entwickelte sich ein Kampf um die Preise; er hatte einen Artikel zu 1 Franc 95 Cent. in Zanella mit Stahlmontirung, „unverwundlich“ — wie die Etiquetten besagten. Aber er wollte seinen Konkurrenten hauptsächlich mit seinen Griffen schlagen: Griffen von Bambus, Horn, Olivenholz — alle erdenklichen Sorten von Griffen. Das „Glück der Damen“, wo die Kunst weniger zu Hause war, verlegte sich mehr auf die Pflege des Stoffes; räumte seine Alpaccas und Mohairstoffe, seine Seren und seine Taffette und das „Glück der Damen“ behielt den Sieg. Der Greis wiederholte verzweifelt, daß die Kunst begraben sei und daß er nur mehr zu seinem Vergnügen Griffe schnitzen könne, ohne Hoffnung, dieselben auch zu verkaufen.

— Es ist mein Fehler, rief er Demise zu. Warum habe ich auch Schundartikel zu 1 Fr. 95 Cent. verkauft? Dahin führen die neuen Ideen, ich wollte das Beispiel dieser Räuber nachahmen und nun gehe ich dabei zu Grunde. Der Monat Juli war sehr heiß. Demise litt dadurch viel

Feuilleton.

„Zum Glück der Damen.“

Roman von Emile Zola.

Autorisierte Uebersetzung von Armin Schwarz.

Die Sache hatte ihre Wichtigkeit, die Beschlusurkunde war Tags vorher unterschrieben worden. Das kleine Haus Bourras, eingeklemmt zwischen dem „Glück der Damen“ und dem Hotel Duillard, angelockt wie ein Schwalbennest in einer Maneripalte, mußte hinweggefegt werden an dem Tage, da das Magazin sich bis zum Hotel Duillard vergrößern würde; und dieser Tag war gekommen. Der Koloss rüttelte an dem schwachen Hinderniß, umzingelte es mit seinen Waarenmassen, drohte es zu verschlingen, es durch die bloße Macht seines Kriegenathems zu vernichten. Bourras fühlte diesen Druck, unter welchem sein Laden zu kochen schien. Es war ihm, als würde der Laden zusehends kleiner werden, er fürchtete selbst verschlungen, auf die andere Seite hinüber geschleudert zu werden sammt seinen Parapluies und Spazierstöden, so mächtig summete und brummete die fürchterliche Maschine zu dieser Stunde.

— Hören Sie sie? rief er; man wäre versucht zu sagen, daß sie Mauern fressen; in meinem Keller, in meinem Speisekammer, überall glaube ich das Getöse der Säge zu hören. Ich nichts, sie werden mich vielleicht doch nicht niederlassen, wie ein Blättchen Papier. Ich bleibe da und wenn sie mein Dach sprengen, daß der Regen schiffelweise in mein Bett stürzt.

Es war jetzt der Zeitpunkt, in welchem Mourret dem alten Bourras neue Propositionen machen ließ; man wird den Betrag vergrößern, man wird ihm sein Geschäft und seinen rückständigen Pacht um 50 000 Franks ablösen. Und dieses Angebot vergrößerte nur noch die Wuth des Greises. Er refutete unter zornigen Flüchen. Diese Leute müssen das Geld stehlen, daß sie ihm 50 000 Franks für eine Sache anbieten, welche nicht mehr als 10 000 Franks werth ist. Und er verteidigte seinen Laden, wie ein ehrbares Mädchen seine Tugend verteidigt, im Namen der Ehre, aus Respekt für sich selbst.

Demise sah Bourras ungefähr vierzehn Tage hindurch sehr zerstreut. Er ging fieberhaft erregt hin und her, maß die Mauern seines Hauses ab, betrachtete dasselbe von der Mitte der Straße aus, mit den Nienen eines Architekten. Dann, eines Morgens, kamen Arbeiter. Es galt einen entscheidenden Kampf, er hatte die lächerliche Idee, das „Glück der Damen“ auf seinem eigenen Terrain zu schlagen, indem er dem modernen Luxus Konzessionen machen würde. Die Kundschafter, die ihm seinen dunkeln Laden zum Vorwurf machen, werden sicherlich wiederkommen, wenn sie seinen Laden frisch und hell herausgeputzt finden werden. Vor Allem wurden die Böden und Sprünge verputzt und die Fagade frisch gemörtelt. Sodann wurde alles Holzwerk grün angestrichen, der Luxus wurde so weit getrieben, daß sogar das Firmenschild vergoldet wurde. 3000 Franks, welche Bourras als eine letzte Hilfsquelle sich bei Seite gelegt hatte, wurden durch diese Ausgaben verschlungen. Uebrigens war das ganze Stadtviertel revolutionirt. Man strömte herbei, um ihn zu betrachten, inmitten dieser Pracht, wie er dabei den Kopf verliert und seine alten Gewohnheiten nicht wiederfindet. Er schien nicht mehr bei sich zu Hause zu sein in diesem glän-

Einer dieser Seifenmillionäre nun hat in letzter Zeit dadurch von sich reden gemacht, daß er in Arbeiterversammlungen an der Seite von Männern wie Cunningham Graham etc. aufgetreten ist. Dies geschah u. A. in Liverpool während des Doderstreiks, sowie in verschiedenen Versammlungen der neuen Trades Unions. Auch soll Herr Hudson zum eingegangenen Labour Elector in Beziehung gestanden haben, und Thatsache ist, daß derselbe Woche für Woche eine Annonce für Hudson's Seife brachte, die in gleichem Umfang sonst nur in Blättern zu finden ist, die ihre Leser noch zehntausenden oder hunderttausenden zählen. Ob wir es hier wirklich mit einem belehrten Kapitalisten, wie Cunningham Graham ihn in Liverpool nannte, zu thun haben, oder welche Gründe sonst Herrn Hudson veranlassen, sich der Öffentlichkeit als Freund der kämpfenden Arbeiterschaft vorzustellen, mag dahingestellt bleiben, mich beschäftigt hier nicht seine Person, sondern — der Seifenfabrikant.

Dem schon macht eine zweite Seifenfirma in der Arbeiterbewegung von sich reden. Herr Lever, Mitinhaber einer Seifenfabrik, deren Produkt unter dem schönen Namen „Sonnenlicht-Seife“ in den Handel kommt, hat der vor anderthalb Jahren gegründeten Gewerkschaft der Arbeiterinnen in den Waschanstalten ein prächtiges Banner zur großen Achtstundendemonstration geschenkt und bei der Ueberreichung eine Ansprache gehalten, in der er seine Sympathie mit den Bestrebungen der Arbeiterschaft auf's Wärmste bekundete. Daß ein Seifenfabrikant darauf bedacht ist, sich bei den Wäscherinnen einen guten Namen zu machen, ist an sich zu natürlich, um besonderer Erwähnung zu bedürfen, daß es aber jetzt auf diesem Wege versucht wird, ist sicherlich ein bemerkenswertes Zeichen der Zeit.

Das von dem Zentralkomitee für die Achtstundendemonstration ernannte Subkomitee zur Ausarbeitung der Statuten für die zu schaffende dauernde Organisation — bestehend aus Doktor Edw. Aveling, W. Thorna, Copeley, J. Wardle und J. Williams — hat bereits eine Sitzung gehalten und beschlossen, dem Statutenentwurf eine zusammenfassende Darstellung der Ereignisse seit dem Pariser Kongreß vom Juli vorigen Jahres, sowie die ganze, auf den Arbeiterschuh bezügliche Resolution des Kongresses voranzuschicken, sowie eine Begründung der Nothwendigkeit fortgesetzter Aktion zu deren Verwirklichung. Am nächsten Freitag schon hofft es den Entwurf dem Plenum des Zentralkomitees vorlegen zu können, und nachdem derselbe dort durchberathen, soll dann eine allgemeine Delegirtenversammlung sämtlicher hiesiger Klubs einberufen werden. Ueber die Aufnahme des Projektes läßt sich natürlich schwer etwas voraussagen, es läßt sich nur wünschen, daß dieselbe eine günstige sein möge, denn, wie die Sache von dem Komitee gedacht wird, würde die neue Organisation in der That die Grundlage für eine wirkliche, auf vorgezeichnetem Standpunkt stehende Arbeiterpartei abgeben. Und das Bedürfnis nach einer solchen macht sich mit jedem Tage mehr bemerkbar.

Eine interessante Nachricht kommt aus der Grafschaft Nottinghamshire. Der dortige Bezirk Rushcliffe ist im Parlament durch den Liberalen John Ellis, Vandalirektor und Kohlengrubenbesitzer, vertreten. Vor etwa drei Wochen nun hielt Herr Ellis in Huddnall, der liberalen Hochburg des Distrikts, eine Versammlung ab, in der er seinen Wählern Bericht über seine parlamentarische Thätigkeit abstattete, um, wie sonst, mit einem glänzenden Vertrauensvotum nach Westminster zurückzukehren. Aber ach, es sollte diesmal anders kommen. Herr Ellis wurde von den anwesenden Bergleuten über seine Stellung zum Achtstundengesetz interpellirt und, da er eine ausweichende Antwort gab, ein Antrag eingebracht und mit großer Majorität angenommen, daß in Zukunft kein Vertrauen in Herrn Ellis gesetzt werden könne, so lange er nicht für das Achtstundengesetz für Bergarbeiter eintrete. Darob großer Wäm, aber in einer Mittwoch vor acht Tagen abgehaltenen großen allgemeinen Bergarbeiterversammlung, veranstaltet vom Bergarbeiterverband von Nottinghamshire, wurde dieser Beschluß nur in noch schärferer Form bekräftigt. „Viele Politiker“, führte der Vorsitzende aus, „rufen den Arbeitern zu, sie sollen den Achtstundentag durch ihre Organisationen zu erlangen suchen, aber wenn die Arbeiter in dieser Weise den Kampf aufnehmen, dann sind jene die Gesetze, die über sie losgehen und erklären, daß sie nicht nur die Bergwerksindustrie zum Stocken bringen, sondern auch andere Geschäftszweige schädigen. Nun, die Bergleute wollten Niemandem Schaden zufügen, und daher verlangen sie vom Parlament ein Achtstundengesetz.“ Und der Referent hielt der Behauptung des Herrn Ellis, es gäbe keinen Präzedenzfall eines Parlamentsaktes über die Arbeit erwachsener Männer, unter großem Beifall die Frage entgegen, was denn dieser Herr und die übrigen Gegner des gesetzlichen Achtstundentages zu dem Parlamentsbeschluß sagten, der die Arbeitszeit der Angestellten in den Verwaltungsämtern auf sieben Stunden pro Tag festsetzt. Sei das keine Einmischung in die Arbeitszeit erwachsener Personen männlichen Geschlechts? Allerdings viele dieser Angestellten gehörten zu derselben Klasse wie die Parlamentsmitglieder, die diese Regelung der Arbeitszeit gutgeheßen.

Nachdem noch der samose Bericht des parlamentarischen Gewerkschaftskomitee, betreffend die Abstimmung über die Achtstundentage, die gebührende Kritik erfahren, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

in ihrem engen Zimmerchen unter dem Schieferdach. Darum, wenn sie ihr Magazin verließ, holte sie Pepe bei Herrn Bourras und anstatt gleich hinauszugehen, ging sie ein wenig frische Luft schöpfen in den Tuilerien-Garten, bis die Gitterthüren geschlossen wurden. Eines Abends, als sie unter den Kastanienbäumen wandelte, blieb sie plötzlich betroffen stehen: sie glaubte einige Schritte vor sich Hutin zu sehen. Ihr Herz pochte heftig; es war nicht Hutin, sondern Mourret, der am linken Ufer der Seine dinirt hatte und sich jetzt beilegte, sich zu Fuß zu Madame Desjorges zu begeben. Bei der plötzlichen Bewegung, welche das Mädchen machte, um sich abzuwenden, erkannte er sie, obgleich die Nacht schon hereinbrochen war.

— Sie sind es, Fräulein?

Verwirrt durch seine Herablassung, mit der er sie erkennen wollte, fand sie keine Antwort.

— Sie sind noch immer in Paris? fragte er weiter.

— Ja, mein Herr.

Sie wich langsam zurück, wollte grüßen, um ihren Weg fortzusetzen, aber er folgte ihr unter dem dunkeln Schatten der alten Kastanien. Es herrschte angenehme Kühle in dem Garten, aus der Ferne hörte man das frohe Gepolter und Gelächter spielender Kinder.

— Ist das Ihr Bruder? fragte er auf Pepe deutend.

— Ja, mein Herr, erwiderte sie von Neuem.

Sie erstohete und erinnerte sich der abscheulichen Erdrückungen von Marguerite und Klara. Ohne Zweifel begriff Mourret die Ursache ihres Erdrückens und er sagte in lebhaftem Tone hinzu:

— Hören Sie, mein Fräulein, ich habe mich bei Ihnen zu entschuldigen; ja, ich wäre glücklich gewesen, Ihnen früher sagen zu können, wie sehr ich das Unrecht bedauerte, welches gegen sie begangen wurde. Man hat Sie in leichtfertiger Weise eines Fehlers beschuldigt. . . . Aber schließlich ist das Unrecht geschehen und ich wollte Ihnen nur sagen, daß jetzt in unserem Hause schon Jedermann weiß, von welcher zärtlichen Liebe Sie für Ihre Brüder erfüllt sind.

In diesem Tone fuhr er fort und war von einer respekt-

Die heutige Versammlung der Bergarbeiter von Huddnall Torford und Umgegend verpflichtete sich, von der Forderung eines Achtstundengesetzes für Bergleute nicht abzulassen, und beschloß ferner in Zukunft nur noch für solche Parlamentskandidaten zu stimmen, die in diesem Sinne zu wirken bereit sind.

Man sieht, die Sache wird Ernst. Es wird bei der nächsten Wahl für eine erhebliche Anzahl liberaler Größen heißen: Freiß Vogel oder — verschwinde.

Bei dieser Gelegenheit sei übrigens nachgetragen, daß der am 6. Mai in Ost-Brüssel mit so glänzendem Mehr gewählte Liberale Weston sich ausdrücklich für das Achtstundengesetz erklärt hat, während der Arbeiterkandidat Wilson sich mehr als gewunden über dasselbe ausdrückte. Unter diesen Umständen, und Angesichts der Thatsache, daß Wilson im Wahlkreis ganz unbekannt war, seine Kandidatur erst in der letzten Stunde ausgestellt worden war und nur ein Theil der organisierten Arbeiter sie angehört hatte, muß es als ein Wunder erscheinen, daß er es überhaupt auf die mitgetheilte Stimmenzahl brachte. Sein relativer Erfolg ist ein Beweis, wie günstig die Stimmung unter den Massen einer leistungsfähigen Arbeiterpartei ist.

Die Liberalen erfüllen die Luft mit ihrem neuen Feldgeschrei: „Keine Entschädigung für die Schantwirth! No compensation!“ Sie haben schon ausgeführt, daß und warum der Ruf sehr populär ist, und bei der zweiten Abstimmung des Pölsabgabengesetzes hat es denn auch an Ueberläufern aus dem konservativen und unionistischen Lager nicht gefehlt. Ueberhaupt scheint es in dem Lager der Regierungsparteien nicht zum Besten zu stehen, so daß vorigen Mittwoch die Parnelliten bei der Verathung ihres Antrags, aus dem irischen Kirchenfonds 1/2 Million zur Errichtung von Wohnhäusern für die Landbevölkerung zu bestimmen, trotz heftigen Widerpruchs der Regierungsdereporen bei der Abstimmung Sieger blieben. Freilich nur durch Ueberrumpelung, aber daß eine solche möglich war, ist bereits eine moralische Niederlage für die Regierung.

Um die Sache ein bißchen auszugleichen, hat Herr Gladstone am vorigen Montag im Cobden-Klub eine echte Freihandelsrede gehalten und darüber geäußert, daß man in Australien und Amerika nicht nur auf gewöhnliche Waaren, sondern auch auf die Waare Arbeitskraft Schutzzölle lege, nämlich Schutzgesetze und Abgaben gegen die Einwanderung der chinesischen Arbeiter eingeführt habe, deren ganzes Vergehen darin bestehe, daß sie weniger Bedürfnisse hätten und für weniger Lohn viel mehr arbeiteten, als die übrige Arbeiterschaft. Ungeachtet dieses hätte der alte Knabe kaum sagen können, denn die Australier werden sich nach solchen Uebererungen des Zukunftsministers die Sache mit der großen Föderation aller britischen Kolonien doppelt überlegen, und die englischen Arbeiter sind ebenfalls durchaus nicht darauf verfaßt, mit den Chinesen im Punkte Bedürfnislosigkeit zu konkurriren. Herr Gladstone sah sich denn auch veranlaßt, zwei Tage nachher den Wählern eine Erklärung zugehen zu lassen, er habe erfahren, daß die Maßregeln gegen die Chinesen sich auch darauf stützen, daß dieselben überall, wo sie sich in Massen niederlassen, die sittlichen Zustände bedrohen, Vaster schlimmster Art und Krankheiten verbreiten etc., und das andere natürlich die Geschichte. Dieser Rückzug macht jedoch das gefagte Wort nicht ungeschehen, dasselbe wird in Arbeiterkreisen sehr lebhaft besprochen, und die Kommentare sind nicht gerade schmeichelhaft für den „grand old man“.

Madrid, 17. Mai. Die gegenwärtige Lage der Arbeiterbewegung ist folgende: Der unter der Führung der anarchistischen Komitees in den beiden Ostprovinzen Katalonien und Valencia verfaßte Generalstreik ist nach zweiwöchentlichem Bestehen, wie vorausgesehen, ohne großen Erfolg für die Arbeiter beilegt worden. Es mußten auch die anarchistischen Führer erkennen, daß ein derartiger Versuch, drei- bis vierhunderttausend Arbeiter länger als eine oder zwei Wochen im Streike zu erhalten, nicht glücken kann. Immerhin haben die Bauhandwerker, die Hafenarbeiter, die Schriftsetzer und zum Theil auch Manufakturarbeiter einzelne Erfolge zu verzeichnen, die große Mehrzahl aber mußte die Arbeit zu den früheren Bedingungen wieder aufnehmen. Die Haltung der Regierung und der Militärbehörden war im Ganzen eine neutrale, und manche Generale haben sich große Mühe gegeben, zwischen beiden Parteien einen friedlichen Abschluß zu erreichen. General Blanco, der in Barcelona den ganzen Tag über mit den Deputierten der Arbeiter und der Unternehmers verhandelte, hat sich dabei keineswegs den Dank der letzteren erworben, so daß der Herr um seine Abberufung von dem wenig erfreulichen Posten nachgefragt haben soll. Das zweite Streikgebiet ist der Süden Spaniens, die Provinzen Murcia und Andalusien, woder Generalstreik nicht völlig zum Durchbruch kam, sondern die einzelnen Gewerke nach einander die Arbeit einstellten. Hier ist besonders bemerkenswerth, daß sich in dem mittleren Andalusien die ländlichen Arbeiter zu Tausenden der Bewegung anschlossen, und in der letzten Woche sind auch die ersten Arbeitseinstellungen aus dem Bergwerksdistrikten von Huelva gemeldet worden. Das dritte Gebiet sind endlich die baskischen Provinzen im Norden, wo kurz vor dem Himmelfahrtstage etwa 20 000 Grubenarbeiter die Arbeit einstellten. Dieser Zustand kam eigentlich etwas unerwartet.

vollen Höflichkeit, an welche die Verkäuferinnen vom „Oise der Damen“ seinerseits nicht gewohnt waren. Die Verwirrung Denis's stieg immer höher, aber ihr Herz war von einer ungelamten Wärme erfüllt. Er wußte also, daß sie sich Niemandem hingegeben habe! Beide schwiegen jetzt still, er ging an ihrer Seite her, indem er seine Schritte nach jenen des Kindes regelte. Und unter dem tiefen Schatten der alten Kastanienbäume erstarrte das ferne Geräusch der Stadt.

— Es erübrigt mir heute nichts weiter, als Ihnen eine Rehabilitation anzubieten, Fräulein, fuhr er fort; natürlich vorausgesetzt, daß Sie zu uns zurückkehren wollen.

Sie unterbrach ihn mit einer heberhaften Geste.

— Das kann ich nicht, mein Herr, sagte sie; ich danke Ihnen sehr, aber ich habe anderwärts Beschäftigung gefunden.

Er wußte es wohl; man hatte ihm bereits mitgetheilt, daß sie bei Robineau war. In ruhigerem Tone, auf dem Fuße einer liebenswürdigen Gleichheit sprach er mit ihr von Robineau, dem er volle Gerechtigkeit widerfahren ließ: er sei ein Mann von lebhafter Intelligenz, nur etwas zu nervös. Robineau wurde sicherlich von einer Katastrophe betroffen werden; Gaujean habe ihm ein Unternehmen an den Hals geladen, bei welchem sie Beide die Knochen lassen werden. Durch diese Familiarität gewonnen, ließ nun auch Denise sich gehen und ließ merken, daß sie dem Kampfe, welcher sich zwischen dem Großhandel und dem Kleinhandel entsponnen habe, auf Seite der großen Magazine stehe.

Sie erwiderte sich, führte Beispiele an und zeigte sich vollkommen unterrichtet über die Frage, gleich wie sie vernünftige und neue Ideen an den Tag legte. Er war bezaubert und hörte ihr überrascht zu; er wandte sich zu ihr und trachtete im Dunkel des Abends ihre Blicke zu erkennen. Sie schien noch immer die Nämliche mit ihrem einfachen Kleidchen und ihrem sanften Gesichte, aber aus dieser Einfachheit und Bescheidenheit strömte ein unmenbarer Zauber aus, dessen Macht er unterlag. Bewiß: Die Kleine hatte sich zu einer Pariserin umgeformt, sie ist zur Frau geworden

In Bilbao, der Hauptstadt des Distrikts, hatte das dortige Komitee die Bewegung gut geleitet; es hatte über die Arbeiter in den Grubenbezirken umfangreiches Material gesammelt und wollte zuvor den Cortes eine Denkschrift übermitteln. Streik proklamirt werden sollte. Die Forderungen der Grubenarbeiter wurden in einem Manifest, das in etwa 50 000 Exemplaren in der ganzen Provinz verbreitet wurde, in den drei Hauptpunkten zusammengefaßt: Achtstündige Schichtdauer, Beseitigung der obligatorischen Arbeiterwohnungen. Die letzteren, welche meist nur nothdürftig eingerichtete Hütten sind und Familienleben der Arbeiter unmöglich machen, waren durch bisher sehr lange Arbeitszeit bedingt, so daß eben die Forderungen im engsten Zusammenhange miteinander lagen. Der Streik aber brach aus, ehe eine feste Organisation und eine Unterstüßungskasse geschaffen worden konnte; die an die früheren Revolutionszeiten der Kartellbewegung gewöhnten Massen glaubten auch diesmal durch ein unerwartetes Vorgehen und vielfach auch durch Zerfährungen Ziel zu erreichen. Leider war die Folge, daß sofort etliche Mann Soldaten dorthin entsandt und das Standrecht über die Provinz verhängt wurde. Inzwischen haben jedoch die Zerfährungen wieder aufgehört, viele der Streikenden haben auch die Arbeit wieder aufgenommen, und es wird hier wie auch in den übrigen Theilen Spaniens die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung davon abhängen, ob die von sozialistischer Seite begonnene Organisation der Arbeiter in ruhiger Weise durchgeführt werden kann. Die bisherige Epoche, welche unter dem Namen des achtstündigen Arbeitstages die Arbeiterwelt ganz Spanien in einem von Niemand erwarteten Maße aufgerüttelt hat, muß nothwendigerweise bei der mangelnden politischen und wirtschaftlichen Schulung der spanischen Arbeiter mit einem äußeren Erfolg abschließen; um so mehr aber hat jetzt die Arbeit einer nachhaltigen Aufklärung und Organisation der Massen zu folgen.

Politische Ueberblick.

Ueber den Fortschritt der Arbeiten zur Einführung des Alters- und Invaliditätsgesetzes wird offiziell folgendes berichtet: Die Organe, denen die Invaliditäts- und Altersversicherung übertragen ist, die Versicherungsanstalten, sind für das ganze Reich ihrer Zahl und ihrem Umfange nach bestimmt, für die Mehrzahl derselben ist auch bereits der Sitz festgelegt. Damit ist der Rahmen für die Organisation gegeben. Es wird sich jetzt darum handeln, an die Einrichtung der Vorstände und Ausschüsse dieser Anstalten zu gehen. Die Beamten, welche die Geschäfte des Vorstandes der Versicherungsanstalten zu leiten haben, werden von dem Kommunalverbande beziehungsweise der Landesregierung ernannt. Dagegen werden die Ausschüsse durch Wahlen zusammengesetzt, und zwar sind diese Wahlen den Vorständen der im Bezirke der Versicherungsanstalt vorhandenen Krankenkassen, Vorstände etc. und soweit die versicherten Personen zu denselben nicht gehören, den Vertretungen der weiteren Kommunalverbände übertragen. Daß man schon für die nächste Zeit an die Vorbereitungen für die Bildung der Ausschüsse wenigstens im Grossen denkt, beweist der neuliche Erlass derjenigen ministeriellen Bekanntmachung, durch welche den Kreis- (Stadt-) Ausschüssen die Kompetenz zur Vornahme der Wahlen, soweit es sich um die nicht zu Krankenkassen etc. gehörigen Personen handelt, übertragen wird. Neben der Bildung der Organe der Versicherungsanstalten wird für die nächste Zeit die Aufstellung der Statuten der letzteren in's Auge gefaßt werden müssen. Diese für soll ein Normalstatut als Muster angefertigt werden. Die Arbeiten sind hierzu im Reichsversicherungsamte bereits weit gefördert. Es würde dann von nebenstehenden Punkten abgesehen, nur noch die Einrichtung von Schiedsgerichten sowie die Regelung des Verfahrens vor ihnen und dem Reichsversicherungsamte zu erledigen sein, um die Organisationsvorarbeiten im großen Ganzen beendet zu haben. Die Regelung des Verfahrens vor den Schiedsgerichten und dem Reichsversicherungsamte ist im Reichsläufigen Verordnungen übertragen. Mit diesen würde sich nach dem gegenwärtigen Stand der Vorarbeiten für die Durchführung des Gesetzes vom 22. Juni 1889 behaupten können, daß nunmehr der größte Ausbruch vorhanden ist, das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz werde für den Anfang des nächsten Jahres gänglich in Kraft gesetzt werden können.

Zu dem sozialdemokratischen Antrag, wonach in die Verfassung eine Bestimmung aufgenommen werden soll, welche

*) Die Arbeiter haben allen Grund, sich mit den Bestimmungen des Gesetzes genau vertraut zu machen. Die Empfehlungen ihnen dazu die im Verlage von J. G. W. Dieck in Stuttgart erscheinende, von Bebel und Singer mit Erläuterungen versehene Textausgabe des Gesetzes; Preis 50 Pf.

und war mit ihren besonnenen Reden und ihren schönen Haaren geeignet, einem Manne den Kopf zu verwirren.

— Wenn Sie eine der Unserigen sind, sagte er lachend, warum bleiben Sie bei unseren Feinden? Man hat mir auch erzählt, daß Sie bei Bourras wohnen?

— Das ist ein braver, würdiger Mann, murmelte sie.

— Lassen Sie gut sein, er ist ein alter Narr, der mich nöthigen wird, ihn zu ruiniren, während ich ein Vermögen darauf opfern wollte, mich seiner zu entledigen. Vor Allem ist Ihr Platz nicht bei ihm, denn sein Haus hat einen ablenkenden Ruf, er vermiethet es an Personen.

Doch er merkte jetzt, daß das junge Mädchen in Verlegenheit komme, er beilegte sich hinzuzufügen:

— Man kann deswegen democh erharb bleiben und das Verdienst ist nur um so größer, wenn man arm ist.

Sie gingen wieder einige Schritte schweigend nebeneinander her, dann fuhr Mourret fort:

— Wollen Sie meine Vermittlerin bei dem Alten sein? Ich hatte ohnehin die Absicht, ihm morgen ein neues Angebot zu machen und diesmal einen von 80 000 Franks. . . . Reden Sie mit ihm, machen Sie ihm begreiflich, daß er einen Selbstmord begeht. Er wird Ihnen vielleicht Gehör schenken, da er Freundschaft für Sie fühlt und Sie werden ihm einen wahrhaftigen Dienst erweisen.

— Es sei, erwiderte Denise lächelnd. Ich werde die Bestellung austrichten, aber ich zweifle an dem Erfolg.

Und nun schwiegen sie wieder. Keiner von Beiden hatte mehr etwas zu sagen. Mourret versuchte vom Dunkel Daudu zu sprechen, aber er unterbrach sich sofort, als er sah, daß das Mädchen davon unangenehm berührt sei. Sie schritten nebeneinander dahin und kamen endlich in der Richtung der Rue de Rivoli in eine Allee, wo es noch hell war. Als sie aus dem dunkeln Schatten der Bäume hervortraten, war es ihnen, als würden sie plötzlich erwachen. Er begriff, daß er sie nicht länger zurückhalten könne.

— Guten Abend, mein Fräulein!

— Guten Abend, mein Herr!

(Fortsetzung folgt.)

den Reichstag die Möglichkeit giebt, Kommissionen zur Untersuchung sozialer und ökonomischer Verhältnisse einzusetzen, bemerkt die nationalliberale „Münchener Ztg.“: Der Vorschlag der sozialdemokratischen Fraktion wird nicht ohne weiteres abzuweisen sein. Für die Einsetzung von Kommissionen, denen nicht die Beratungen von Gesetzesvorlagen, sondern die Untersuchung bestimmter wirtschaftlicher Fragen obliegen soll, liegt kein Anlaß vor. (F. Red. des „B. V.“) Dagegen wird die Frage zu erwägen sein, ob die mit konkreten gesetzgeberischen Kommissionen, wie z. B. die Kommission, welche die Gewerbeordnungs-Novelle zu bearbeiten haben wird, nicht zur Vernehmung von sachmännlich erfahrenen Personen besetzt werden sollen. . . . Der Vorschlag, Fachleute von den Reichstagskommissionen vernemen zu lassen, hat manches für sich, und es ist nicht möglich, daß die Regierung und die großen Parteien auf die sozialdemokratische Anregung eingehen. — Ähnlich äußern sich noch Blätter anderer Parteirichtungen.

Der plötzlichen Rückkehr der Ausgewiesenen in großer Masse soll dadurch vorgebeugt werden, daß schon jetzt — wie man schreibt — nach und nach denselben die Rückkehr gestattet werden soll. Diese Maßregel — vorausgesetzt, daß die Mitteilung wahr ist, was wir bezweifeln — dürfte als verfehlt anzusehen sein. Denn, wie der „Wähler“ hervorhebt, haben die meisten Ausgewiesenen in fremden Städten sich festen Wohnsitz erworben, welchen sie ohne viertel- oder halbjährliche Kündigung nicht verlassen können. Die meisten würden demnach zu Johanni kündigen und könnten erst zum 1. Oktober zurückziehen; andere, welche halbjährliche Kündigung haben, könnten erst zu Ostern 1891 zurückziehen, denn sie könnten nicht doppelte Miete zahlen. Ein volles Drittel der Ausgewiesenen wird überhaupt nicht zurückkehren, denn sie haben sich in fernen Städten durch jahrelanges Ringen gesicherte Stellung erworben und werden diese nicht plötzlich aufgeben. Gleichfalls werden die Ausgewiesenen, welche in England und Amerika weilen, nicht plötzlich zurückkehren, wenn sie überhaupt zurückkehren. Bei den heutigen lebhaften Lohnbewegungen wird die Rückkehr der Ausgewiesenen in die Belagerungsgebiete gar nicht groß ausfallen. Die Rückkehr der Ausgewiesenen dürfte sich, selbst wenn sofort alle Belagerungszustände wegfielen, naturgemäß ganz allmählich gestalten. Und bis sämtliche Ausgewiesene, die zurückkehren wollen, zurückgekehrt sind, dürfte bei sofortiger Aufhebung der Ausweisung ein Zeitraum von mindestens dreiviertel Jahren verstreichen.

Ministerkrisenherd. Die „Freie Ztg.“ verzeichnet ein vorgetragenes in Abgeordnetenkreisen aufgelauchtes Gerücht, daß Minister v. Scholz im Begriff stände, seinen Abschied einzureichen, und daß Herr Miquel als sein Nachfolger in Aussicht genommen sei. Auch ist von einem Rücktritt des Staatssekretärs v. Stephan aus unpolitischen Gründen die Rede.

Ueber den neuen deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrag macht der Berner Korrespondent des „B. Z.“ folgende Mitteilungen: Für die Unterhandlungen über einen neuen Niederlassungsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz ist nunmehr eine Basis gewonnen. Nach einer Note, welche die deutsche Reichsregierung an den Bundesrath gerichtet hat, müssen die Deutschen, welche sich in der Schweiz niederlassen wollen, mit einem Immatrikulationschein versehen sein, welcher von der hiesigen deutschen Gesandtschaft ausgestellt wird. Ein Deutscher, der diesen Immatrikulationschein nicht vorzulegen hat, kein verträgliches Recht, in der Schweiz seinen Wohnsitz zu nehmen. Durch den Immatrikulationschein wird in jedem einzelnen Falle dokumentirt, daß der um das Recht der Niederlassung sich bewerbende Deutsche ein deutscher Reichsangehöriger und im Besitze des Heimathscheines und unbescholtenen Lebenswandels ist. Die Schweiz behält sich vor, Deutsche zu dulden, die den vorgeschriebenen Immatrikulationschein nicht besitzen; dieses Recht, das Asylrecht, wird durch genaue Redaktion der einzelnen Bestimmungen largiert werden. Für die Schweizer, welche sich in Deutschland niederlassen wollen, gelten die bisherigen Grundzüge. Sie müssen einen Heimathschein und Zeugnisse über den Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte wie über ihren unbescholtenen Lebenswand vorweisen. Dabei wird der Schweiz das Recht vorbehalten, ebenfalls Immatrikulationscheine einzuführen, welche von der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin auszustellen wären. Ueber die Hauptpunkte des neuen Vertrages scheinen die Contrahenten jetzt schon einig zu sein. Die Verhandlungen werden durch Bundesrath Droz und durch den hiesigen deutschen Gesandten geführt.

Aus der Arbeitsordnung des Barons Stamm in Neumünster ist folgender Art. 36 bemerkenswerth: „Allen Meistern und Arbeitern ist es untersagt, gegen einander gerichtliche Klagen zu führen oder sich zu verzeihen, ohne dem Chef der Firma ihre Absicht vorzutragen zu haben. Hindernisse werden mit 3—10 M. bestraft und tritt unter erschwerenden Umständen die Kündigung ein.“

Wie man Unterstützungsgelder vertheilt. Die königl. Centralstelle in Stuttgart hatte der Gemeinde Wangen 19 000 M. für Hagelbeschädigte zugewiesen, mit der Bedingung, daß das Geld nur an Leute, die unter 4000 M. Vermögen haben, vertheilt werden möge. Dem hochwohlwollenden Gemeinderath von Wangen schien dies, da er sich größtentheils aus wohlhabenden Männern zusammensetzt, ungerecht, und man beriet sich hin und her, wie es sich einrichten ließe, daß den „Besseren“ auch etwas von dem für die „bedürftigen“ Hagelbeschädigten bestimmten Gelde zukommen zu lassen. Da aber lange kein Ausweg gefunden werden konnte, begab man sich in corpore in das neben dem Rathhaus gelegene Wirthshaus, um allda beim Weine weiter zu beraten. Und siehe da, der Wein that seine Schuldigkeit. Der Rath beschloß, das Geld, welches für arme Hagelbeschädigte gesammelt worden war, auch unter die Wohlhabenden zur Vertheilung zu bringen. Auf die Anfrage beim königl. Oberamt hieß es, man dürfe höchstens um ein paar hundert Mark über die angegebene Grenze hinausgehen. Dessenungeachtet erhielten Leute mit 12 000 Mark Vermögen von dem für die „Armen“ gesammelten Gelde.

Ueber das Klima in Ostafrika schreibt ein Bremer Kaufmann, der Ostafrika aus mehrjähriger Anschauung kennt, gegenüber den Behauptungen des Majors Liebert im Reichstagsbericht, daß die klimatischen Zustände daselbst für den Weissen durchaus gesund sind. Der Gewährsmann findet es unzweifelhaft, Neuesten zu machen, daß das Klima in Afrika durchaus erträglich sei. Als Beispiel führt er folgende Einzelheiten an: Im Jahre 1894 hatten wir in Sansibar bei einer europäischen Kolonie von 25 Seelen nicht weniger als 5 Todesfälle, also gerade 25 pSt., nämlich insolge klimatischer Krankheiten. Man muß an den wasserreichen Distrikten nahe der Küste gewesen sein und gesehen haben, wie groß die Sterblichkeit dort bei den Missionaren u. s. w. ist. Man muß gehört haben, wie schwer die Weissen unter den klimatischen Verhältnissen im Innern zu leiden haben, um energisch dagegen zu protestiren, daß hier Neuesten gemacht werden, die in gutem Glauben hingenommen werden und dazu beitragen müssen, den Glauben an ein Colorado zu erwecken, welches doch nicht vorhanden ist.

Auf Grund des Sozialistengesetzes verbietet die Hamburger Polizeibehörde die ohne Angabe des Druckers und Verlegers dort erschienene Druckschrift: „Phrasen und Schlagworte der sogenannten Ordnungspartei. Ein Rath- und Hilfsbuchlein für den „beschränkten Unterthanenverstand“. Von einem sogenannten Umstürzler“.

Ungarn. Die demokratische Partei unter Führung des Abgeordneten Dr. Kronawetter hat sich hier neu organisiert.

und ein neues Programm verkündet. Hiernach verlangen die Demokraten: 1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahlrecht für alle Vertretungskörper. 2. Freies Vereins- und Versammlungsrecht und Aufhebung aller die Pressefreiheit beschränkenden Normen. 3. Willige Gewissensfreiheit, Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche. 4. Allgemeine, gleichartige Schulpflicht und Uebernahme der Normalgehälter der Volks- und Bürgerschullehrer durch den Staat. 5. Anstrengung von Maßnahmen und Gesetzen, welche jeden Staatsbürger in jeder Berufs- und Lebenslage gegen den Druck übermächtiger wirtschaftlicher Interessengruppen schützen und jedem derselben die Erfüllung seiner Wünsche nach einer menschenwürdigen Existenz und nach geistiger Fortbildung ermöglichen. 6. Verstaatlichung des Versicherungswesens, der Montan-Industrie, Einführung einer progressiven Einkommensteuer bei Freilassung des standesgemäßen Erbschaftsminimums und Aufhebung der die nothwendigsten Lebensbedürfnisse betreffenden Verbrauchsabgaben. 7. Herstellung des nationalen Körpers mit gemeinsamer Nationalität; a) durch Anrechnung der Gleichberechtigung der nationalen Sprachen im Verlehrs der Parteien mit den Behörden und der Behörden mit den Parteien und Forderung der Kenntniß zweier im Reiche üblichen Sprachen, wovon eine die deutsche ist, von Seiten aller politischen und richterlichen Beamten in den gemeinschaftlichen Verwaltungs- und Gerichts-Bezirken; b) durch Förderung des Unterrichts in einer zweiten im Reiche üblichen Sprache in der Volksschule, in den Bürger- und Mittelschulen. 8. Erleichterung der drückenden Militärlasten, Herabsetzung der Dienstzeit und allmählicher Uebergang zu einem die Volkskraft schonenden Wehrsysteme.

Großbritannien.

Oberflächlich kann man kaum über den Sozialismus urtheilen, als es der englische Premierminister Lord Salisbury in der letzten Sitzung des Oberhauses gethan hat. Er meinte nämlich nach dem Bericht des „B. Z. B.“, daß das Wort Sozialismus etwas bedeute, was der Staat übernehmen solle und was eigentlich die Individuen selbst thun sollten, und dagegen müsse man auf der Hut sein, denn wenn dem Staate Lasten aufgebürdet würden, die dessen Kräfte übersteigen, so würde eine nicht aufhörende Quelle von Ausgaben und von Korruption geschaffen werden. Die Sorge um Menschenleben und besonders um das Leben von Frauen und Kindern könne man jedoch nicht Sozialismus nennen. Manche sozialistischen Projekte würden, falls sie zu Thatsachen werden sollten, die heftigste Reaktion hervorrufen. Immerhin würde durch die sozialistischen Projekte das Vorhandensein von Uebelständen angedeutet, wie sie die beglücklichen Erlasse des deutschen Kaisers erwähnt hätten, und man sei verpflichtet, gegen diese Uebelstände Abhilfe zu suchen und zu finden. — Mit solchen mangelhaften Verschwommenheiten wird Herr Salisbury bei den englischen Arbeitern kein Glück haben.

London, 20. Mai. Die Sitzung des Unterhauses dauerte von gestern Nachmittag 3 Uhr bis heute früh 4 Uhr; trotzdem wurden nur zwei der früher verbotenen Paragraphen der Budgetbill erledigt. Der Kanzler der Schatzkammer Goschen erklärte, die Regierung sei entschlossen, trotz der Obstruktion ihre Vorlagen durchzuführen.

London, 19. Mai. Unterhaus. Unterstaatssekretär Ferguson erklärt in Beantwortung einer Anfrage, die Einflusssphären Englands und Deutschlands in Ostafrika seien noch nicht geographisch definiert; das in der Depesche Lord Salisburys an den englischen Botschafter Sir Malet in Berlin vom 2. Juli 1887 erwähnte Einvernehmen sei in seinen Bestimmungen allgemein gewesen. Es sei ihm Nichts davon bekannt, daß die Ueberlassung des Landes der Baumangawos an Deutschland bei den Verhandlungen in Berlin sich in Erwägung befände; die Besprechungen zwischen Sir Percy Anderson und dem deutschen Geheimen Legationsrath Dr. Krauel bezögen sich auf Fragen in Ost- und Westafrika und seien durchaus vertraulich; eine Vorlegung der bezüglichen Schriftstücke sei daher jetzt unthunlich. In jeder der Abmachungen, welche die Interessen der britischen Kolonien in Afrika berührten, werde den Ansichten dieser Kolonien volle Rücksicht getragen werden.

Schweden und Norwegen.

Das norwegische Storting hat den Antrag auf Einführung des allgemeinen Stimmrechtes mit allen gegen 37 Stimmen verworfen. Von der äußersten Linken, welche 37 Mitglieder zählt, haben 11, von der „gemäßigten“ Linken, die 22 Mann stark ist, 17 für die Ablehnung gestimmt.

Italien.

Man schreibt uns aus Mailand: Die Regierung hat dieser Tage ein neues unerhört brutales Mittel in Anwendung gebracht, um einen unberechtigten Streik zu unterdrücken. Die Arbeiter der Eisenbahnstrecke Parma—Spezia hatten bei der Station Borgallo mit der Forderung einer Lohnerhöhung die Arbeit eingestellt, da sie bei den Tunnelarbeitern, wo sie täglich 12—14 Stunden im Innern des Berges beschäftigt sind, nur den gewöhnlichen Tagelohn von 2,30 Frs. bis 3 Frs. (also 1,85 M. bis 2,40 M.) erhielten. Der Unternehmer, welcher beschuldete, die Arbeit nicht zur kontraktmäßig festgesetzten Zeit vollenden zu können, wandte sich deshalb sofort telegraphisch an den Ministerpräsidenten Crispi, welcher auch schleunigst Linientruppen und Gendarmen nach dem Bezirk abgehen ließ. Beim Eintreffen des Militärs wurden sofort fünfzehn der Streikenden, welche man als die Anführer bezeichnete, verhaftet und zu Zweien an einander geschlossen in Fuß sechs Kilometer weit nach Pontremoli ins Untersuchungsgefängniß abgeführt. Die übrigen Arbeiter verhielten sich völlig ruhig, doch erklärten sie, die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen zu wollen, als bis ihnen die geforderte Lohnerhöhung bewilligt sei. Darauf hin ließ der Kommandant der Truppen die Kantinen schließen und befahl den Kaufleuten des benachbarten Ortes strengstens, den Streikenden keine Lebensmittel mehr zu verkaufen; mehrere im Ort aufgestellte Militärposten mußten die strikte Befolgung dieses Befehls überwachen. Die Arbeiter haben sich brieflich an den Abgeordneten Maffi gewandt, der ihnen versprach, Herrn Crispi in der Kammer über diesen Fall zu interpelliren.

Äfrika.

Algier, 20. Mai. Gestern plünderten Araber am Markttag in Guelma israelitische Verkaufsläden und überfielen die Besitzer, welche sich widersetzten, so daß Militär einschreiten mußte. Drei Araber wurden gefoßt, ein Polizeigewalt verwundet und etwa 100 Verhaftungen vorgenommen. Ähnliche, jedoch minder ernste Vorgänge sollen in den letzten Tagen auch in Constantine, Jemappes und Oued-Zenati vorgekommen sein.

Parlamentarisches.

Nach dem vom Senatskonvent des Reichstags gefaßten Beschluß werden die Plenarsitzungen erst am 9. Juni wieder beginnen, während die Kommissionen bereits acht Tage früher, am 2. Juni, ihre Arbeiten wieder aufnehmen.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags erklärte die Wahl des Abgeordneten Dr. v. Weismann

Hollweg (S. Volksdam, Reichspartei) für ungültig, doch wird sich die Kommission nochmals mit denselben zu beschäftigen haben, da seitens des „Patriotischen Vereins“ zu Freienwalde a. O. ein Gegenprotest eingelaufen ist, in welchem u. A. verlangt wird, die Kommission möge jeden bei den Akten befindlichen Stimmzettel auf seine Gültigkeit prüfen. Für gültig erklärt wurden die Wahlen der Abgeordneten Veemann (11. Württemberg, natl.), Panse (7. Merseburg, dfr.), Rauffmann (5. Wiesbaden, dfr.), v. Sperber (4. Gumbinnen, konf.). Ueber die Wahlen der Abgeordneten Veemann und Panse soll dem Hause schriftlicher Bericht erstattet werden.

Zur Einigkeit in der deutschfreisinnigen Partei. Das Zentralkomitee der deutschfreisinnigen Partei war gestern im Reichstagsbeisammen und wählte mit 6 gegen 5 Stimmen an Stelle des Abg. Richter den Abg. Dr. Schrader zum Vorsitzenden des engeren Ausschusses.

Arbeiterbewegung.

Hamburg, den 19. Mai. Zum Streik der Gasarbeiter. Von den alten Arbeitern hat bis jetzt Niemand die Arbeit wieder aufgenommen, da sie auf ihrer Forderung, daß ihre entlassenen Kollegen wieder zur Arbeit zugelassen werden, und daß die Direktion der Gaswerke von der von ihnen verlangten Unterstreichung der bekannten Fabrikordnung Abstand nimmt, bestehen. Die Arbeiter werden noch immer von polnischen Arbeitern, welche vollständig in der Gasanstalt beherbergt und beschäftigt werden, ausgefüllt. Die Zugangsstraßen zu der Gasanstalt sind durch Konstabler abgeperrt, um zu verhindern, daß die Arbeiter mit den Streikenden in Berührung kommen. — Dem Solidaritätsgefühl mit den anderen Arbeitern gab der Buchdruckerverein von Hamburg-Altona dadurch Ausdruck, daß in einer eigens dazu einberufenen außerordentlichen Generalversammlung gestern einstimmig beschlossen wurde, den im Kampfe befindlichen Gewerkschaften sofort 1000 M. zu überweisen. Gleichzeitig wurde beschlossen, während der Dauer des Massenstreiks von den Mitgliedern eine wöchentliche Extrabezahlung von 2—50 Pf. zu erheben, deren Ertrag (welcher sich wöchentlich auf 300—350 M. belaufen dürfte) als laufende Unterstützung an die denselben bedürftigen Gewerkschaften allwöchentlich abzuführen ist. Die bewilligten Summen wurden noch gestern einigen Gewerkschaften überreicht. In der Motivirung des Antrages war ausdrücklich die vollständige Solidarität ausgesprochen und betont, daß es sich jetzt um keinen Lohnkampf mehr handelt. — Dreitausend italienische Maurer sollen nach einem Gerücht, das auch schon in die hiesige Presse übergegangen ist, auf der Reise nach Hamburg sich befinden. Wir glauben, daß einige Kassen zu viel gesetzt worden sind, oder daß die Noth in die Blätter langirt wurde, um die hiesigen Maurer zum Nachgeben zu veranlassen. Der Schreckschuß wird aber nicht die gehoffte Wirkung haben.

In Gera sahe eine Versammlung von Bürgern und Gewerkschaften eine Resolution, welche entschieden gegen die Großfabrikanten für die ausländischen Arbeiter Partei ergreift. — Die letzte Versammlung der Weber sprach sich nach längerer Debatte einstimmig dahin aus, die Arbeit unter den von den Fabrikanten gestellten Bedingungen auf keinen Fall wieder aufzunehmen.

Leipzig, 19. Mai. In einer vorgestern Abend im Waldschlösschen in Gohlis abgehaltenen Versammlung der Ziegeleiarbeiter wurde die Gründung eines „Vereins zur Wahrung der Interessen der Ziegeleiarbeiter und verwandter Berufsgenossen von Leipzig und Umgegend“ beschlossen und das im Entwurf vorliegende Statut angenommen.

Frankfurt a. M., den 19. Mai. Eine gestern hier stattgehabte von Angehörigen aller Gewerkschaften zahlreich besuchte Versammlung beschloß gemeinsam und mit allen Mitteln für die Interessen der gemahregelten Schuhfabrikarbeiter (mindestens 4000) einzutreten. Eine von der Versammlung erwählte Kommission wird über die weiteren Maßnahmen zu beraten haben. Der seit dem 24. April bestehende Ausstand der Schuhmachergesellen wurde, nachdem alle Geschäfte die Forderungen bewilligt haben, von heute ab als beendet erklärt.

Aus Witten wird der „Post. Ztg.“ telegraphirt, daß vorgestern früh auf der Panitzsch-Bache, im Humboldttschacht und bei den Schächten der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft die Arbeit eingestellt wurde. Im Ziegeleischacht fuhr die Belegschaft ein, schloß sich aber kurz darauf dem Ausstand an. Bei den Schächten der Panitzsch-Bache rissen feiernde Arbeiter das Feuer unter den Dampfesseln heraus.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises hielt am Montag Abend eine zahlreich besuchte Versammlung im Lokale des Herrn Mey, Beuthstr. 22, ab. Auf der Tagesordnung standen: 1. Vorstandswahl; 2. Ein Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Molkenbuhrt; Ueber den neuen Arbeiterchuh-Gesetzentwurf. Zunächst erhielt der Vorsitzende, Herr Wiemer, einen befriedigenden Bericht über die Thätigkeit des Vereins, dann wurde seitens des Kassirers, Herrn Pfuhl, der Kassenbericht verlesen, gegen welchen Einwände nicht erhoben wurden. Dem Kassirer wurde Decharge erteilt. Hierauf schritt man zur Neuwahl des Vorstandes. Herr Wiemer wurde einstimmig zum ersten Vorsitzenden wiedergewählt, zum zweiten Herr Feste; zum ersten Schriftführer Herr Wach, zum zweiten Herr Thielert; zum ersten Kassirer Herr Juhl, zum zweiten Herr Feldmann und als Beisitzer wurde Herr Rusi gewählt. Ferner wurden zu Revisoren gewählt die Herren Kubat und Herrmann. Nach Beendigung der Wahlen erhielt Herr Molkenbuhrt das Wort zu seinem Vortrage. Redner sprach sich in dem höchst interessanten vielfach von lebhaftem Beifall unterbrochenen Vortrage folgendermaßen aus: In der letzten Zeit ist ein Umbruch in der sogenannten öffentlichen Meinung eingetreten, es ist nämlich mehr wie früher in den Vordergrund gedrängt worden, in welcher Weise die Arbeiterfrage zu regeln sei. Vor Kurzem las man noch in verschiedenen Zeitungen, daß den Arbeitern eigentlich durch die Unfallversicherung und Invalidengesetz Genüge geschehen sei; erst später mußte man anerkennen, daß die Arbeiter denn doch noch andere Bedürfnisse haben und jetzt spricht alle Welt vom Arbeiterchuh. Einer will immer noch mehr thun als der Andere, Jeder glaubt das richtige Rezept für den „Schuh“ zu besitzen. Dieser Umbruch ist, abgesehen von den Kundgebungen einzelner Humanisten, die es zu allen Zeiten gegeben hat, auf das energische Eintreten der Arbeiter für ihre eigenen Interessen zurückzuführen. Früher traten aus Mangel an Subsistenzmitteln Hungerperioden ein, welche schwer zu beseitigen waren, heute haben wir solche Perioden aus Ueberfluß, und das können wir abwenden. Redner ging nun zu einer eingehenden Besprechung unserer wirthschaftlichen Verhältnisse über, schilderte das Handwerk und dessen Verfall, die ungeheuren technischen Fortschritte auf allen Gebieten, die Krisen, deren Ursachen und Wirkungen, die wachsende Arbeitslosigkeit, welche selbst in der kottigen Geschäftszit nicht mehr verschwinde und bezeichnete es als den Grundgedanken einer Schutzgesetzgebung, erst einmal Arbeit für alle Arbeiter zu schaffen und dafür zu sorgen, daß die Arbeitslosen nicht zu Lohnadrückern werden. Leider ist der vorliegende Entwurf der Regierung durchaus ungenügend; er bietet nicht einmal den Kindern ausreichenden Schutz und läßt der Sonntagsarbeit eine Reihe von Hinterthüren offen. Hier will der sozialdemokratische Entwurf einen Meier vorgeschoben wissen;

es ist in ihm nämlich die Bestimmung vorhanden, daß den Arbeitern, deren Arbeitskraft man angeblich Sonntags nicht entbehren kann, in der Woche ein voller Arbeitstag gewährt werden soll. Dadurch dürfte der Sonntagsarbeit nach Möglichkeit die Spitze abgebrochen werden. Ein anderer Punkt des Regierungsentwurfes will sogar den Arbeitern unter 21 Jahren das Verfügungsrecht über ihren Lohn kürzen, was nicht einmal den vollen Beifall der Rationalisten gefunden hat. Herr Stumm war freilich ganz begeistert für diese Idee. Nicht minder unannehmbar ist der Entwurf betreffend die Einführung von Gewerbeschiedsgerichten, weil er diese Gerichte nur fakultativ zulassen, das Wahlrecht erst mit 25 Jahren gewähren und die Wahlbarkeit erst ab dem Alter von 30 Jahren knüpfen will. Die Arbeiterinnen sollen bekanntlich ganz übergeben werden. Demgegenüber fordert unser Entwurf: Regelung der Gefängnisarbeit, einen Normal-Arbeitstag, der zunächst 10, später aber nur 8 Stunden betragen darf, gänzlich Verbot der Kinderarbeit, wirkliche Sonntagsruhe, Abschaffung des Trucksystems, Einführung von Arbeitsämtern und unbefristetes Koalitionsrecht. Wir wollen den heimischen Markt für unsere Industrie erweitern, indem wir die Arbeiter und Arbeiterinnen teilnehmen lassen an den Genüssen der heutigen Kultur. Es soll das arbeitende Volk nicht mehr entbehren, was zum menschlichen Leben notwendig ist. Wenn die Arbeiter durch die Koalitionsfreiheit sich eine bessere Lebensstellung erringen, erobert sie unserer Industrie ein weit größeres Absatzgebiet, als die Wisemann'schen Truppen in Ostafrika. (Stürmischer Beifall.) Inzwischen war von Herrn Mohrbach folgende Resolution eingebracht worden:

Die am 19. Mai in Mey's (Heydrich's) Saal tagende Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis erkennt in vollem Einverständnis mit dem Referenten die Schäden der heutigen kapitalistischen Produktionsweise und fordert, um die Folgen derselben wenigstens etwas zu mildern, die sozialdemokratische Fraktion auf, energisch für eine durchgreifende Arbeiterschutzes-Gesetzgebung einzutreten.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Von einer Diskussion wurde angesichts des wirkungsvollen Vortrages Abstand genommen. Nachdem noch auf den Brauerstreik, sowie auf die von den Zigarrenarbeitern gesperrten Geschäfte hingewiesen worden war, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verein.

Der Allgemeine Arbeiterinnenverein sämtlicher Berufswege Berlins und Umgegend hielt am 19. d. Mts. unter Vorsitz von Frau Gubela in der „Königsbank“ eine von Damen und Herren besuchte Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt ein Vortrag des Herrn Dr.

Bruno Wille, welcher über „Jugenderziehung“ zu sprechen gedachte. An seiner Stelle hielt indessen Herr Bölsche einen ausflürenden Vortrag über den Zusammenhang zwischen Gehirn und Seele. Der geistvolle Vortrag fand eine verständnisvolle Würdigung seitens der Versammelten, die in dem gezielten Beifalle einen lebendigen Ausdruck fand. Von einer Diskussion über das Gehörte wurde Abstand genommen. Nach einer stattgehabten Pause behufs Aufnahme neuer Mitglieder gelangte der 4. Punkt der Tagesordnung, „Einrichtung einer Filiale für den Osten“, zur Verhandlung. Frau Gubela begründete diesen Antrag in eingehender Weise, den Arbeiterinnen ihre Pflicht, sich der geschaffenen Arbeiterinnen-Organisation anzuschließen, in beherzigender Weise vor Augen und zu Gemüthe fähend und die Hoffnung ausprechend, daß die Filiale für den großen Osten groß und stark werde und dazu beitragen möge, die Arbeiterinnen endlich aus ihrem Schummer zu erwecken. Die Gründung einer Filiale für den Osten wurde beschlossen und gewählt zur Bevollmächtigten Fräulein Küger, zur Kassiererin Fräulein Ganz, zur Schriftführerin Fräulein Kühn. Der Vorstand des Vereins wurde ferner beauftragt, den Vorstand des Vereins der kaufmännischen Angestellten zu veranlassen, dafür Sorge zu tragen, daß in den kaufmännischen Geschäften bezw. in den Schaufenstern in sichtbarer Weise Tafeln angebracht werden des Inhalts: Um den Angestellten die Sonntagsruhe zu sichern, bleibt das Geschäft an Sonn- und Feiertagen von 10 Uhr Vormittags ab geschlossen, um den Arbeiterinnen diese Geschäfte in sichtbarer Weise kenntlich zu machen. Im Weiteren wurden die Arbeiterinnen und Arbeiter ersucht, das Lokal von Bolle, Neustädter Volksgarten, bis auf Weiteres zu meiden, da mit dem betr. Wirtse bezüglich der bairischen Bierfrage Differenzen bestehen. Zum Schluß gab die Frau Vorsitzende bekannt, daß am 29. d. M. bei Schaffer, Inselstraße 10, Generalversammlung stattfindet und daß der Verein (mit allen Filialen) am zweiten Pfingstfeiertage einen Ausflug nach Wilmsdorf (Volksgarten) veranstaltet (das Nähere hierüber wird noch im „Berliner Volksblatt“ bekannt gemacht), zu recht reger Teilnahme beiderseits die Mitglieder auffordern und dieselben ermuntern, mit Lust und Liebe für die Offenbacher Frauenklasse zu agitieren.

Die freie Vereinigung der Pan- und gemerblichen Hilfsarbeiter für Riedorf und Umgegend hielt am Donnerstag, den 15. Mai, eine große öffentliche Versammlung ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht der Statutenberathungskommission. 2. Zweck und Ziele der Organisation. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Verschiedenes. Den Vorsitz führten die Herren Müller, Stammh und Kramer. Nachdem Herr Jauerch die Statuten vorlesen hatte, wurden die-

selben einstimmig angenommen. Auf Antrag des Herrn Jauerch wurde ein provisorischer Vorstand von 3 Personen gewählt, wozu berechtigt ist, der Behörde das Statut einzureichen und Mitglieder aufzunehmen. Es wurden folgende Herren gewählt als erster Vorsitzender Herr Müller, als Kassierer Herr Jauerch und als Schriftführer Herr Kramer. Dieser Antrag wurde noch von den Herren Krenthaler und Gutsch beauftragt. Als Herr Jauerch erläuterte, weshalb wohl die Versammlung so schwach besetzt war, wurde dieselbe bei einer Neuberung desselben von dem überwachenden Beamten geschlossen.

Eine Versammlung der Vereinigung der Drechsler Deutschlands (Ortsverwaltung III) tagte am Montag mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Die Entstehung des Streiks“. Referent: Kollege Kautenberg. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragelasten. Kollege Kautenberg erntete großen Beifall für seinen Vortrag. Er führte die Entstehung der Streiks nicht allein auf materielle Gründe zurück, sondern es seien vielmehr sittliche Gründe, welche die Arbeiter dazu treiben, ihre Lage zu verbessern. Von einer Diskussion wird Abstand genommen. Unter „Verschiedenes“ wird mitgeteilt, daß in der Werkstelle von Schiffer, Weinstraße 9, die neunstündige Arbeitszeit und ein Minimallohn von 24 M. bewilligt ist und vom 1. Mai ab in Kraft getreten ist. Es erstattete dann Kollege Gutsch Bericht über die bisherige Tätigkeit der Agitations-Kommission. Die Kollegen der Werkstätte von Pfaff erhielten eine Rüge, besonders die Kollegen Weismann und Donald, welche recht eigentümliche Neußerungen über die Bestrebungen des Vereins gethan haben. Nicht besser erging es den Kollegen Schröder, Ernst Schmidt und Kutsche, welche in der Werkstelle bei Bischoff, Krautstraße, arbeiten.

An die Mechaniker und Berufsgenossen Berlins und Umgegend. Kollegen! In der am 8. d. Mts. stattgehabten öffentlichen Versammlung der Mechaniker und Berufsgenossen Berlins und Umgegend habt Ihr den Bericht des Streikauschusses — nach welchem ca. 52 Prinzipale unsere Forderungen im Prinzip anerkennen — über die Verhandlungen der Lokalkommission gehört und die von letzterer festgestellte Form für unsere Forderungen akzeptiert. Ihr habt des Weiteren die Streikkommission beauftragt, nach Abhaltung der Arbeitgebersversammlung — welche inzwischen am 13. d. M. stattgefunden hat — eine öffentliche Schiffsversammlung einzuberufen zur Beschlussfassung über Maßnahmen gegen diejenigen Prinzipale, welche unsere Forderungen nicht bewilligen wollen. Diese entscheidende Versammlung findet am Mittwoch, den 21. Mai 1890, Abends 8 Uhr, im Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee 11—13, statt.

Theater.

Mittwoch, den 21. Mai.
Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.
Schauspielhaus. Der Sturm.
Berliner Theater. Rean.
Deutsches Theater. Ein Erfolg.
Leffing-Theater. Eine alltägliche Geschichte. Hierauf: Ritterdienste.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der arme Jonathan.
Wallert-Theater. Hanschen (Böbe). Guten Morgen, Herr Fischer.
Viktoria-Theater. Stanley in Afrika.
Stend-Theater. Lobengrin.
Residenz-Theater. Marquise.
Sellalliance-Theater. Der Nau-tilus.
Avoll's Theater. Die weiße Dame.
Adolf Ernst-Theater. Der Goldsucher.
Gebr. Richter's Varietés. Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten

Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27a.
Gröffnung des Sommergartens und Bühne.
Täglich Auftreten erster Spezialitäten. Anfang Wochentags 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.
Entree Wochentags und Sonntags 30, 50 u. 75 Pf., im Vorverkauf 30 u. 50 Pf.
Der Garten ist an Vereinen für Sommerfestlichkeiten mit Spezialitäten-Vorstellung zu vergeben.
Address.

Stabliement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:
Grosses Garten-Concert.
Direktion A. Ködman.
Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
Wochentags 10 Pfg., Sonntag- und Feiertags 25 Pfg.
Bei ungünstiger Witterung in den unteren Restaurationsräumen.
Großer Frühstücks- und Mittagstisch. Spezial-Auswahl von Kaiserbier, Export-Bier, Seidel 15 Pf.
Die oberen Säle bleiben bis auf Weiteres wegen Renovierung geschlossen.
F. Müller. 641

Variété-Theater. (Hasenhaide)

Herrmannstr. 18 — Nene Strasse 18.
In dem vollständig neuen, schattigen Garten:
Concert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.
Vollständig neues Programm.
Im großen Saale: Ball. Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf.

Vassage 1 Er. 9 Uhr M. 5. 10 Uhr Ab.

Kaiser-Panorama.
Nur diese Woche: Vielen Wünschen entsprechend: 1. Reise d. Norwegen. Dritte Wanderung durch den Fjord.
Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonnement 1 M.
Jede Woche andere Reisen.
Steuer-Reklamationen, Schriftsätze jeder Art, Brenzlauerstr. 46, Hof 11. Rechtsbureau. [418]

Ausstellungspark Hasenhaide.

Ostafrikanische Wakamba-Krieger.

16 Eingeborene aus dem Kitui-Lande in der Nähe des deutschen Schutzgebietes in Ostafrika.
Täglich: 478

Grosses Doppel-Frei-Concert.

Sonntag, den 1. Pfingstfeiertag: Früh- und Nachmittag-Concert.
Am 2. und 3. Feiertag: BALL.
Hierzu ladet ergebenst ein [528]
O. Schensch,
Reichsgarten, Mariendorf.

Wannsee. Café Alsen.

Größtes Lokal, höchst romantisch im Wald und am Wasser gelegen, Nähe des Hensburger Böden, empfiehlt Vereinen seine großen Säle, Kegelbahnen, Röhne und Volksbelustigungen aller Art zur gefälligen Benutzung. Küche, Keller gut, solide Preise.
R. Bloch.

Restauration zum rothen Hahn

Langestraße 102. Empf. Aussch. von Weiß- und Münchener Bier. Berl. Volksblatt u. „Volks-Zeitung“ l. aus. Gr. Vereinszimmer mit Piano. [520]

Geehrte Kollegen!

Hierdurch die ergebene Mitteilung, daß ich Kl. Kurstrasse 10 ein **Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal** eröffnet habe. Gleichzeitig steht ein Vereinszimmer für 40—50 Personen zur Verfügung.
H. Kanzow.

Rohtabak-Lager.

Holl-Sumatra-Decke 165—280 Pf., Brasil-Umblatt 110 und 105 Pf., Java-Umbl. 85 Pf., Java-Decke 180—240 Pf. per 1/2 Agr. zollfrei, sowie Brasil-Einl., Domingo, Seedleaf, Cuba, Havana, Mexico etc., ferner holländische und deutsche Cigarren und Tabake empfiehlt billigst, Postkonto gegen Nachnahme 155
Jul. T. Baurmeister,
Hamburg, Augustastraße 2a.

Jede Uhr

zu reparieren und zu reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutes nur 1 M. 50 Pf. (außer Bruch), kleine Reparaturen billiger. Lager aller Arten neuer und gebrauchter Uhren. Verkauf zu erstaunlich billigen Preisen. 159
E. Rothert & Stolz, Uhrmacher, Andreasstr. 62, Chausseest. 78, Alte Schönhauserstr. 25.
Tüll-Gardinen,
Fenster 2, 3, 5, 8 M. Store 1 M. Fabrikverkauf Zimmerstr. Nr. 80, Hof part. 855

Sonntagsruhe!

Um eine solche bei mir allmählich einzuführen, werde ich mein **Cigarren-Geschäft** in der Brunnenstr. 122, Ecke Anklamerstrasse, veranschaulicht Sonntagsruhe vorläufig um 6 Uhr Abends schließen. — Da der Sonntag Nachmittag bisher der Haupt-Geschäftstag war, so werden es die Parteigenossen verstehen, wenn ich sie dringend bitte, mich in der übrigen Zeit kräftiger als bisher zu unterstützen, damit der Ausfall dadurch ausgeglichen wird. 524
Gleichzeitig mache auf meinen von jetzt ab Sonntagabends stattfindenden **grossen Gelegenheitskauf** aufmerksam. Durch bedeutende Baar-einkäufe bin ich in der Lage, folgende niedrigste Preise zu offerieren:
75 Mark-Cigarre für 5 M., 80 Mark-Cigarre für 4 M. und 50 Mark-Cigarre für 3,80 M. per 100 Stück.
Schachtelgewoll
Clara verw. Wilh. Hasenelever,
1. Geschäft: Chausseestrasse 49/50.

Geschäftshaus E. Heine.

Chausseestrasse 14.
Die schönsten **Kinderkleider u. -Mäntel** für Mädchen jeden Alters, sowie **Morgenröde, Unterröde, Blousen und Tricottailen** auch im Einzelverkauf sehr billig! **Massbestellungen u. Reparaturen** werden prompt erledigt!
Chausseestrasse 14.
Geschäftshaus E. Heine.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
Brunnenstraße 25, Hof partierre. Theilzahlung nach Uebereinkunft.
Resterhandlung.
Ausnahmeweise billige Wärschen- und Anaben-Anzüge, sowie **Keller aller Art.** [496]
Karle, Waldemarstr. 66.

Große öffentliche Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den 2. Wahlkreis

am Mittwoch, den 21. Mai 1890, Abends 8 1/2 Uhr, in Habel's Brauerei, Bergmannstraße.
Tagesordnung:
1. Arbeiterschutzes-Gesetz. Referent: Herr Reichstags-Abgeordneter Mollenbuh. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Grosse öffentliche Versammlung der Sattler und Berufsgenossen Berlins und Umgegend

Donnerstag, den 22. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, in Deigmüller's Saal, Alte Jakobstraße Nr. 48a.
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Arbeiter-Streik-Kontroll-Kommission. 2. Wie stellen sich die Sattler zur Fachpresse? 3. Diskussion und Verschiedenes.
Der Einberufer.

Aufruf!

Kohrleger und Helfer Berlins!
Kollegen! Wir ersuchen Euch eindringlich, der Streikkommission sofort anzumelden, in welchen Werkstätten die Unternehmer Lohnerbhöhungen bewilligt haben und in welcher Höhe; es ist dieses dringend notwendig. Meldungen sind im Streikbureau **Ritterstrasse 112 bei Schmidt** zu senden.
Die Kommission.

Achtung, Bildhauer!

Donnerstag, den 22. Mai, Abends 8 Uhr:
Delegirtenversammlung bei **Rehner, Annenstraße 16.**
Tagesordnung:
1. Der Werth des Delegirtenwesens. 2. Vertretungsangelegenheit. 3. Verschiedenes.
Wir ersuchen die Kollegen, dafür zu sorgen, daß bei dieser Versammlung sämtliche Werkstätten vertreten sind.
Die Kommission.

Rohtabak A. Goldschmidt,

Spanbauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich **Grösste Auswahl. Garantirt scharf brennende Tabake.**
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindlichen Rohtabake sind am 1863 Lager.
A. Goldschmidt, Spanbauerbr. 6, am Hade'schen Markt.

Himbeer-saft,

dick m. feinst. Zucker eingekocht Liter 1,50
Rothwein, Portwein, Flasche 1,50.
Medizinischer Ungarwein,
Maitraut incl. Flasche 75 Pfennige.
Zugwer, Luft, Pommeranzen Liter 1,00.
Franz Beyer, Prinzessinnenstr. 15
Ein Genosse sucht irgend eine Beschäftigung. Adressen abzugeben an die Expedition dieses Blattes. 529

Allen Sattlern, insbesondere den Kollegen in den Treibriemensfabriken

zur Nachricht, daß am 19. cr. unser Kollege **Paul Neumann** an der Proletariatskrankheit verstorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 22. cr., Nachm. 4 Uhr, von der Stelle des Zionstempels, zu Weidensee aus statt. Die Kollegen der Treibriemensfabrik **Sorge & Schma.**

Grabdenkmäler

in **Marmor, Syenit und Granit** fertigt zu den solidesten Preisen
A. Zabel,
Schönhauser Allee 168.
Achtung! Kein Laden.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantirt rein amerikanischer Tabake. Hippentabak 2 Pfd. 60 Pf. 234
H. F. Dinslage,
Kottbusserstraße 4, Hof part.

Eisenwaaren, Werkzeuge, Haus- und Küchengeräthe

E. Vogtherr, Berlin C.,
Landsbergerstr. 64, am Alexanderplatz. (Sonntags geschlossen.)
Lassalle, Marx, Engels, Liebknecht, Singer-Röpye, als Cig.-Spitze, echt Meersch., à 1,50 M. und besser. Wieder-verkäufer Prozent.
B. Günzel, Brunnenstr. 157.
Ich erkläre dem Zigarrenmacher **Rob. Becher**, daß ich mit seiner Entlassung nichts zu thun habe. Wenn man wegen ungenügender Leistung oder dergleichen entlassen wird, ist es ja einfacher, so sagen, ein Kollege hat mich aus der Arbeit gebracht. Was mich die Beleidigung anbetrifft, so giebt es eben Leute, die man nicht vor Gericht zieht.
W. Walther.

Kinderwagen.

Das gr. Lager Berlin
Andreasstr. 23.
Soeben erschien
Der wahre Jacob
Nr. 100.
Zu beziehen durch die Expedition Beuthstraße 3.

folchen Fabriken hinausgehen und an anderen Stellen ihre Arbeit suchen würden. Meine Herren, ich glaube, Ihre Beforgnis ist unbegründet. Zunächst ist, Gott sei Dank, bei einer größeren Zahl der Eltern aus dem Fabrikarbeiterstande der Wunsch vorhanden, ihre Kinder in diejenigen Fabriken zu schicken, wo auf Zucht und Ordnung gehalten wird; und dann hat die Praxis gezeigt, daß derartige Bestimmungen dem betreffenden Fabrik-Etablissement in keiner Weise schädlich waren. Ich darf mich da auf die Zustimmung des Herrn Abgeordneten Hise beziehen, der genau vertraut ist mit den Verhältnissen einer Fabrik, in der ähnliche Bestimmungen seit langer Zeit und mit ausgezeichnetem Erfolge bestehen; ich kann die Herren ferner darauf verweisen, daß vor einiger Zeit ein Verein von Arbeitgebern, der linksrheinische Verein für Gemeinwohl, der alle oder wenigstens eine sehr große Zahl von Spulern und Webern des Gladbacher Handelsamterbezirks umfaßt, dazu übergegangen ist, ein Normalstatut für Arbeitsbedingungen zu entwerfen, in dem Bestimmungen Ausnahme gefunden haben, die sich auf eine gewisse Disziplin beziehen, auch die Bestimmung, daß der Lohn nicht an die jungen Arbeiter bezahlt werden soll; und alle diese Bestimmungen haben bei den Herren, die mitten im Leben stehen, nicht das mindeste Bedenken hervorgerufen; sie sind nicht der Meinung, daß dadurch ihren Fabriken irgend eine Schädigung erwachsen wird. Dann möchte ich noch einige Worte sagen über die Beforgnisse, die an die zu weiten Kompetenzen der Polizeibehörden in §§ 120a ff. des Entwurfs vorgebracht werden. Sie gestatten mir, in dieser Beziehung darauf aufmerksam zu machen, daß diese gesetzliche Bestimmung absolut keine Aenderung gegenüber dem bisherigen Zustand bedeutet. Heute wird im § 120 der Gewerbeordnung bestimmt, daß die gewerblichen Unternehmer verpflichtet sind, besondere Einrichtungen zu treffen zum Schutze der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter mit Rücksicht auf die besondere Beschaffenheit des Betriebes. Der Bundesrath hat die Befugnis, allgemeine Anordnungen zu treffen, wie diese Einrichtungen herzustellen sind, und wenn der Bundesrath diese Anordnungen nicht trifft, so ist es den Landes-Polizeibehörden überlassen, das zu thun. Meine Herren, genau so steht die Sache auch heute; der Bundesrath wird, wie bisher, allgemeine Anordnungen treffen, wie diese Einrichtungen herzustellen sind, und wenn er sie nicht unter seine Kompetenz zieht, wird dies die Landespolizeibehörde thun und wird ihrerseits allgemeine Vorschriften machen. Auf Grund dieser allgemeinen Vorschriften werden dann die örtlichen Polizeiverwaltungen, sicher in der Regel infolge einer Anregung des Fabrikinspektors, ihre Anordnung an das betreffende Fabrik-Etablissement richten. Eine Aenderung an dem bisherigen Zustand tritt nur insoweit ein, als die Aufgaben der Polizei überhaupt, gegenüber dem Etablissement, die für Leben und Gesundheit der Arbeiter bedenklich sind, näher und eingehender spezifiziert sind, und ich kann nur erwähnen, daß diese Bestimmungen wesentlich mit auch auf einer Anregung des preussischen Staatsraths beruhen, der es für dringend notwendig gehalten hat, näher zu detaillieren, auf welche Weise den gesundheitsgefährlichen und lebensgefährlichen Einrichtungen in manchen Fabrik-Etablissements entgegen zu treten ist. Nun, meine Herren, schließe ich mit dem Wunsche, daß Sie, wie es auch der erste Herr Redner in der Generaldiskussion gethan hat, den Entwurf einer wohlwollenden und sachgemäßen Prüfung unterziehen, damit das Resultat, welches den verbündeten Regierungen bei Aufstellung des Entwurfs vorgeschwebt hat — das Resultat nämlich, daß ein friedliches Verhältnis zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer, diesen beiden für das Vaterland so überaus wichtigen Klassen unserer Mitbürger, möglichst sicher, in möglichster Uebereinstimmung mit ihnen und, das möchte ich doch besonders betonen, — möglichst bald erreicht wird. (Bravo.) Die verbündeten Regierungen sind der Meinung, daß sie in dem vorliegenden Gesetzentwurf sowohl den Interessen der Arbeiter, als auch der Arbeitgeber in vorzüglicher und objektiver Weise Rechnung getragen haben, daß deshalb beide, soweit sie Mitglieder dieses Hauses sind, gern und willig an der Ausgestaltung dieses Gesetzentwurfes mitarbeiten können, und daß Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer, wenn demnächst die Bestimmungen dieses Gesetzentwurfes Gesetz geworden sein werden, an der Ausführung derselben sich mit voller Kraft betheiligen sollten, um sie in ruhiger, verständnisvoller und friedliebender Weise ins Leben überzuführen. Die verbündeten Regierungen wissen sehr wohl — und sie wissen es zu ihrem Bedauern —, daß ein Theil unserer Arbeiterschaft ihren wohlwollenden Absichten, wie auch den wohlwollenden Absichten des Reichstages, mit Mißtrauen gegenübersteht; sie wissen auch, daß bei einem Theil unserer Arbeitgeber, namentlich in der letzten Zeit, sich die ernste Beforgnis gezeigt hat, die für das Wohl der Arbeiter geplanten Maßnahmen möchten zu weitgehend, zu überflüssig und die Sicherheit der Industrie nicht genügend wahren sein. Der Herr Abgeordnete Miguel hat auch seinerseits auf diese Beforgnisse hingewiesen und bemerkt, daß sie weniger vor Thatsachen beruhen, als vor einem dunklen Gewiss, aus dem alles Mögliche sich entwickeln könnte. Ich meine, in diese Dunkelheit ist Licht gebracht, und ich meine, die Bestimmungen des Gesetzentwurfes weisen nach, daß beide, Mißtrauen wie Beforgnisse, unbegründet sind. Ich glaube, Arbeitgeber und Arbeitnehmer können sich vertrauensvoll unter die Fahne schaaren, die in fester und entschlossener Hand in der sozialen Reform unserem Vaterland vorangetragen wird, und sie können, unter dieser Fahne geschaart, versuchen, besser sich zu vertragen, als sich zu schlagen, womit sie ihrem eigenen Interesse und dem Interesse des Vaterlandes am besten Rechnung tragen würden. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antisemit, beim Betreten der Rednertribüne von den Sozialdemokraten mit lebhaften Aha!-Rufen empfangen): Wenn Sie mit einem so neugierigen Aha! mich bei meinem ersten Auftreten auf dieser Tribüne empfangen, so hätten Sie das Vergnügen schon früher haben können. Sie brauchten mir nur bei der Militärdebatte das Wort nicht abzuschneiden. Unterbrechungen links; Auf: Ein netter Anfang! Gewiß ist das ein netter Anfang! (Auf links: Ein lieber Mann! Heiterkeit.) Es liegt nicht in meiner Absicht, Ihnen eine lange Rede zu halten; ich beschränke mich auf einige Bemerkungen zur Frage der Sonntagsruhe. Die Partei, die mich gewählt hat, kann von keinem Mitglied dieses Hauses an Hochschätzung der Sonntagsruhe übertroffen werden. Aber wir können uns der Furcht nicht entschlagen, daß, wenn nicht zu den Bestimmungen der Vorlage noch gleichzeitig weitere reichs- oder landesgesetzliche Vorschriften und eine erweiterte Sonntagsfeier der Handelsgeschäfte eintritt, den Arbeitern von der ihnen zugedachten Sonntagsruhe nur wenig zu gute kommen wird. Eine solche gesetzliche Erweiterung der Sonntagsruhe der Geschäfte ist durchaus notwendig. Zu einer erteilten Sonntagsruhe gehört auch ein Sonnabend, an dem die Arbeit möglichst zeitig geschlossen worden ist. Wer um 6 Uhr Morgens nach langem Nachtdienst seine Sonntagsruhe antritt, wird wenig davon haben; er wird den Tag im größten Theil verschlafen, wie es auch an einem Nochtage geschehen würde. Vielleicht ist es ein Wunsch der im Gesetzentwurf, daß die Ruhepause frühestens um 6 Uhr am Abend vorher zu beginnen hat. Es kann doch den Arbeitgebern nicht vorgeschrieben werden, wann er den Arbeitern frühestens freigeht; es kann sich höchstens darum handeln, wann er ihnen spätestens freigegeben hat. Ein zweiter Punkt, auf den wir die Aufmerksamkeit des Reichstages lenken möchten, sind die Bestimmungen über die Sonntagsruhe der Handlungsgeschäfte. Ich empfehle in dieser Beziehung die Petition des Verbandes der deutschen Handlungsgeschäfte dem Wohlwollen der Kommission und der Reichsregierung. Aber selbst in dieser Petition sind die Verhältnisse der Detailgeschäfte zu wenig berücksichtigt. Die kleinen Geschäfte, die ohne Befehl arbeiten, können den großen Geschäften, für deren Befehl die Arbeitszeit 5 Stunden am Sonntag nicht überschreiten darf, eine sehr große, vielleicht nicht zu ertragende Konkurrenz bereiten, indem sie eventuell genöthigt sind, ganz

zu schließen, während die Inhaber der kleinen Geschäfte es nicht thun. Hier müßten also Vorschriften getroffen werden, daß mindestens alle Geschäfte der gleichen Branche dieselbe Geschäftszeit beobachten. Die rastlose Erwerbsucht der Einzelnen muß eingeschränkt werden zum Besten derjenigen, welche die Sonntagsruhe dringender nötig haben; und das geht nur durch die Gesetzgebung. Ich bin für diese Forderungen seit 10 Jahren eingetreten. Eine größere geschäftliche Ruhe am Sonntag ist aber auch thatsächlich möglich. Zu verhungern und zu verdauern braucht Niemand; aber das Vaterland wird dadurch nicht in Gefahr gerathen, wenn Jemand, der vergessen hat, sich am Sonnabend mit Zigarren zu versehen, nunmehr bis zum Montag warten muß, oder sein Nikotinbedürfnis durch eine Anleihe bei Bekannten deckt. Die große Agitation in der Presse gegen die Ausdehnung der geschäftlichen Sonntagsruhe geht wesentlich von den Inhabern jüdischer Geschäfte aus. (Unruhe links. Sehr wahr! rechts.) Das ist ein rein sachliches Argument; denn die Inhaber dieser Geschäfte, welche Sonnabend ohnehin schließen, müssen befürchten, daß sie nun noch einen Tag für ihr Geschäft verlieren könnten, und da man ihnen doch nicht gut gestatten kann, daß sie Sonntags allein offen haben, so müssen die christlichen Geschäfte nachfolgen. Entweder also berufen die Herren durch ihre Rabbiner einen Kongress zusammen, der beschließt, die Feiertage des siebenten Tages auf den christlichen Sonntag zu verlegen, oder sie bequemen sich unseren Staatsverordnungen an. Das deutsche Volk aber erhebt den Anspruch an die Regierung und die Volksovertretung, daß man ihm seinen deutschen Sonntag möglichst ganz und voll zurückgibt. Die Staatsbetriebe sollen nach einem Allerhöchsten Ausspruch Musteranstalten werden. Ich wünsche nur, daß kein Unterschied gemacht würde zwischen den Staatsanstalten und den Beamten im sonstigen Staatsdienste. Letztere kommen hierbei immer noch etwas zu kurz. Der Postdienst könnte z. B. noch erhebliche Einschränkungen erdulden; Herr v. Stephan würde bei seiner großen Befähigung auch in dieser Beziehung die Nothwendigkeit davon dem Publikum leicht klar machen. Der Paketverkehr könnte unterbleiben, Drucksachen und Kreuzbänder, soweit sie nicht bis Sonnabend Abend 10 Uhr bearbeitet worden, könnten bis Montag liegen bleiben, auch die Schalterstunden könnten beschränkt werden; nur Brief- und Geldsendungen wären zu besorgen. In Städten mit starker jüdischer Bevölkerung werden die Postbeamten sehr überlastet dadurch, daß die jüdischen Empfänger von Geld und eingeschriebenen Sendungen am Sonnabend nichts annehmen, weil sie nicht schreiben. Da sollte doch angeordnet werden, daß diese Werthsendungen unter dieser Voraussetzung erst am Sonntag präsentiert werden. Zum Schluß noch einige Bemerkungen gegen die Ausführungen des Abg. Grillenberger. Seine freundliche Einladung zum nächsten Sozialistenkongress hier in Berlin nehme ich für meine Person dankbar an. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Ich hoffe aber, daß Sie dort unter anderen Formen tagen werden, als Ihre Anhänger im Lande sie handhaben, die in den letzten Wochen acht oder neun Mal unsere Versammlungen durch wüthen Bärm geht und zum Theil gesprengt haben. (Zuruf links: Sie hauen sie ja doch heraus!) Nein, in solchen Massen können wir sie nicht hinausjagen. (Heiterkeit.) Auch in einem zweiten Punkte stimme ich mit Herrn Grillenberger vollständig überein. Es betrifft das die Betonung der unerfährlichen Begehrlichkeit und Profitgier der Arbeitgeber, die sogar für ihre Zwecke die Gesetzgebung mißbrauchen. Wir bitten Sie aber dringend, in dieser Beziehung keine Ausnahmen zu statuieren. Wir werden stets aus Ihrer Seite sechten, wenn es z. B. gelten sollte, arme Mäherinnen vor Ausbeutung zu schützen (Sehr gut! rechts) und ihnen Ersatz anzubieten in einem Nebenverberbe, den ich hier nicht näher charakterisiren kann. (Unruhe links; lebhaftes Zurufe: Ehrenschmeiche, Alimente!) Auf diese unparlamentarischen Zwischenrufe kann ich Ihnen im Rahmen der Vorlage nicht antworten; wenden Sie sich persönlich an mich, ich werde Ihnen die Antwort nicht schuldig bleiben. (Zustimmung bei den Antisemiten.) Sehr überflüssig hat mich schließlich der Ausdruck seiner großen Freundschaft für unsere Bauern. Es ist außerordentlich schön, daß er auch auf unsere Landwirtschaft die Schutzgesetze ausdehnen will, wenn auch unsere Bauern, Gott sei Dank, dieses Schutzes jetzt noch nicht so bedürfen, wie andere Klassen. Ich weiß nur nicht, wie er mit dieser Anschauung zu seinem Parteigenossen Engels steht und zu dessen bekannter Meinung, daß das Kapital, welches mit dem Kleinverberbe, dem Bauernstand u. s. w., rasch aufräume, damit eigentlich eine Kulturmission erfülle. Unsere Bauern bedanken sich sehr dafür, sie haben noch ein ganz bedeutendes Existenzbedürfnis. Aber dankbar sind wir Ihnen für solche Offenheiten; wir werden damit um so leichter erreichen, Ihnen große Klassen der Bevölkerung wieder zu entreißen, die diesmal für Sie aus Unzufriedenheit gestimmt haben, und weil sich keine Partei fand, die ihnen aus dem Boden der Monarchie zu Hilfe kommen wollte. Unsere Partei wächst zu immer größerer Stärke, sie wird diese Aufgabe lösen. Ich hoffe, daß der Reichstag möglichst einmütig die Vorlage annehmen werde, welche nach der erforderlichen Umgestaltung wohl ein Gehten zu dem Gebäude des sozialen Friedens werden kann. (Beifall rechts.)

Abg. Hise (Dr.): Die plötzliche erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie von den Sozialdemokraten gefordert wird, würde für unsere Industrie zu erheblichen Nachtheilen führen. Vorgesetern ist behauptet worden, die Masse der deutschen Arbeiter stände auf dem Standpunkte des achtstündigen Normalarbeitstages. Das bestritte ich entschieden. Irrig ist es auch, wenn Herr Grillenberger behauptet, daß der Unternehmerngenom genügend sei, um den Ausfall zu decken. Er ist in den bekannten Fehler gefallen, unter Arbeitgeber immer an Großkapitalisten und große Aktiengesellschaften mit hoher Dividende zu denken, während die große Masse der Betriebe unberücksichtigt bleibt. Er, der selbst Unternehmer ist, wird von sich selbst kaum zugehen, daß er so kolossalen Profit zieht. Andererseits haben die Ausführungen des Abgeordneten für Dittweiler gezeigt, wo hauptsächlich solche extreme Beforgnisse genährt werden. Er hat sich allerdings darauf bezogen, daß auch er auf dem Boden der Gleichberechtigung steht; was ich aber in seinen Ausführungen gehört habe, war das gerade Gegenteil. Es war, als ob das Wespenstich des Feudalismus vor mir aufstiege wäre: Herrenrecht für Unternehmer, Leibeigenschaft für die Arbeiter! Er beansprucht strengste Disziplin über den Betrieb hinaus. In Ergänzung zu seinen Ausführungen berichten die Zeitungen heut, daß nach der Fabrikordnung eines Eisenwerkes u. A. den Arbeitern das Heirathen ohne Konsens des Unternehmers verboten sei! (Hört! Hört!) Solche Auffassung steht mit dem Geiste der kaiserlichen Erlasse im stärksten Widerspruch. Aus solchen Vorgängen ist die Verbitterung der arbeitenden Klassen zu erklären. Es ist nur ganz consequent, wenn er von irgend einer Organisation der Arbeiter nichts wissen will; die Wichtigen sollen sich organisiren, die Schwachen aber vereinzelt bleiben. Das ist das „Divide et impera“ der sozialen Frage. Was nun die Vorlage selbst betrifft, so kann auch ich nur die Verquickung zweier ganz verschiedener Theile beklagen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen mit gleichem Maß gemessen werden. Was Herr von Stumm mit besonderer Betonung hervorgehoben, die Anerkennung der Gewerbetreibenden sei gerade in England stark im Abnehmen, und es werde jetzt schon behauptet, die Trades Unions schädigten nicht nur die Unternehmerninteressen, sondern die Gesamtindustrie ist von berufenster Seite — im Klaubuch über Unternehmung des Niederganges des Gewerbes 1896, Bd. VI, S. 21 für „nichtig und unbegründet“ erklärt worden. Die größten Streiks haben in Landesbetrieben stattgefunden, wo keine Arbeiterorganisation bestand, so bei den Bergarbeitern, beim Bauhandwerk. Ich glaube, es giebt keine besseren Mittel, den Kontraktbruch zu beseitigen, als die gesetzliche Anerkennung der Gewerbetreibenden. Was den Arbeiterstreik anbelangt, so freue ich mich, vielen Bestimmungen zustimmen zu können. Erstrebenswerth wäre die Ausdehnung der

Schutzzeit bis auf 18 Jahre, mit 14—16 Jahren sind jugendlichen Arbeiter meist noch Kinder. Alle Schutzbestimmungen sind nur todter Buchstabe ohne energische Aufsicht. Nach den Worten des Herrn Handelsministers können wir ja hier auf Besserung hoffen. Ich möchte aber durch Reichsgesetz genöthigt die Aufsicht feststellen. Dazu ist vor Allem die Anweisung der Fabrikinspektoren nötig, vielleicht durch Hilfskräfte, Arbeiter, auch Arbeiterinnen. Ferner ist wohl auch die Kompetenz der Inspektoren zu erhöhen, endlich dürfte es wohl der Zeit sein, die Institution der Inspektoren zur Reichsbehörde zu machen. Die Oberaufsicht des Reiches könnte die Bestimmung dieser Einrichtung nur fördern. Wenn mit dem Schutze dieser Reichsbehörde die freiwilligen Anstrengungen der Arbeiter verbunden, dann wird der Frieden auch im Innern unseres Vaterlandes festgestellt werden.

Abg. Hise (Dr.): Einzelne Bedenken gegen die Vorlage möchte ich doch noch äußern. Der Schutz des Sonntags war für uns stets das Erste. Wir sind über die Bestimmungen der Vorlage erfreut, nur gegen die Begrenzung des Sonntags auf 24 Stunden — von 6 bis 6 Uhr — müssen wir uns wenden. Wenn der Sonntag seinen Zweck erfüllen soll, muß die Ruhe vor der Arbeit 24 Stunden betragen. Hierbei möchte ich auch zur Erwägung geben, ob nicht ein Verbot der Nacharbeit möglich wäre. In Bezug auf Frauen- und Kinderarbeit untersehe ich mich der Meinung der Beschäftigten des Reichstages darin, daß er für verheirathete Frauen nicht den zehnstündigen Arbeitstag festsetzt, was ich für unbedingt nötig halten würde. Freilich ist die Begrenzung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen überhaupt auf 10 Stunden. Hier ist eine Probe auf den Maximalarbeitstag überhaupt. Wir werden von der Forderung des Maximalarbeitstages an sich nicht absteigen, abgesehen aber diese Abschlagszahlungen gern. Ich glaube, wir werden sogar in absehbarer Zeit auf einen zehnstündigen Arbeitstag kommen. In Bezug auf die Fortbildungsschulen stimme ich dem Entwurfe darin bei, daß die Arbeitgeber angehalten sein sollen, den jugendlichen Arbeitern Zeit zum Besuch derselben zu geben. Anders mit den Haushaltungsschulen, gegen welche wir vor Allem konfessionelle Bedenken haben, denn ein katholisches Mädchen wünschen wir nicht in eine protestantische Haushaltungsschule zu schicken. Außerdem wäre es wohl nicht angebracht, wenn Mädchen, die schon elf Stunden in der Fabrik beschäftigt sind, dann noch 2—3 Stunden zwangsweise eine Haushaltungsschule besuchen sollen. Zum Schutze der jugendlichen Arbeiter gehört auch die Aufrechterhaltung der elterlichen Autorität, und die dabei durch Bestimmungen begriffen wir natürlich mit Freuden. Durch Stärkung der elterlichen Autorität wird auch jede andere Autorität gestützt, der beste Schutzwall gegen die Sozialdemokratie. (Bravo! rechts.) Was die Lohnverhältnisse anbelangt, so genügt vielleicht auch eine Anzeige an die Eltern, wieviel die Kinder verdient haben. Ob die in die Vorlage aufgenommenen Maßnahmen gegen den Kontraktbruch angezeigt sind, läßt sich bezweifeln. Das Ziel ist das richtige, ob die Mittel, ist eine andere Frage. Das Sozialistengesetz hat gezeigt, daß durch Zwangsmaßnahmen manche Arbeiter Sozialdemokraten wurden, die sonst nicht geworden wären. So weit ich die Sache übersehen kann, auch hier nur Abhilfe durch Arbeiter-Organisationen geschaffen werden. Damit komme ich auf die Frage der gewerbetreibenden Organisation. Meiner Ansicht nach ist die Frage nur die, ob unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht eine Organisation besser ist, als der jetzt unorganisirte Krieg. Wegen der Möglichkeit eines Friedensschlusses verdient die Organisation den Vorzug. Auch die Bestimmungen über den Erlass von Arbeitsordnungen halten wir für wichtig, da Unklarheiten oft schon zu Streiks Veranlassung gegeben haben. Auch Arbeiterausschüsse können als Vermittlungsorgane zwischen Arbeitgeber und Arbeiter eine wichtige Rolle spielen. Vielleicht könnte man auch die Bemessung der Strafen, die ja im Interesse der Arbeiter verwendet werden sollen, unter Kontrolle der Arbeiter stellen. Auch für die Arbeitskammern, die doch wohl infolge der kaiserlichen Erlasse eingerichtet werden müßten, wenigstens in Preußen wären die Ausschüsse von Wichtigkeit. In Bezug auf die Vorschriften über die gesundheitlichen Verhältnisse wäre vielleicht zu erwägen, ob hier nicht die Gewerkschaften mit herangezogen werden könnten. Das ist auch auf Gewerbetreibende ausgedehnt, ist nicht zu billigen. Ich schließe mit der Hoffnung, daß aus der Kommissionsberatung etwas für das Vaterland Ersprießliches hervorgehen möge. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Troschke (konf.): Von einer Arbeiterorganisation kann man nun erst reden, da die Handwerke und Hausgewerbetreibenden mit einbezogen sind. Wenn ich weitergehende Wünsche als Abg. Dr. Hartmann äußere, so geschieht dies nur für meine Person. Solche Klagen und Sorgen, wie unsere Industrie längst laut werden ließen, wurden seiner Zeit in England viel lauter geäußert. Wie es dort geschehen, wird man aber auch bald bei uns zu der Ueberzeugung gelangen, daß mit der Einführung des Gesetzentwurfes der Industrie kein Schaden geschieht. Sie liegt vielmehr im Interesse der Arbeitgeber selbst, die durch eine verständige Beschränkung der Arbeitszeit nur gewinnen können. Eine ganze Reihe Arbeitgeber haben die Bestimmungen der Vorlage schon freiwillig eingeführt. Dadurch widerlegt sich auch, was Herr Singer, als ihm das Treiben gewisser sozialdemokratischer Führer nahestehender Geschäfte vorgehalten wurde, sagte, daß nämlich der einzelne nichts zu bessern vermöge. Den Arbeitern gegenüber darf man doch nicht vergessen, daß wir einmal — es mag das häßlich sein oder nicht — das allgemeine Wahlrecht haben und nebenher seit Jahren die allgemeine Wehrpflicht besteht. Der Arbeiter ist daher über die wesentlichen Punkte zu hören, und das geschieht am besten durch die Arbeiterausschüsse. Hinsichtlich der Arbeiterorganisationen theile ich völlig die Wünsche des Abg. Miguel. Wenn man diese Organisationen schon hätte, würden viele Strafbestimmungen des Entwurfs fallen können; inzwischen könne er die Strafen für die Verletzung von Kontraktbruch und die Gezeffe dabei keineswegs als Verletzung der Gleichberechtigung ansehen. Die Vorlage erstrebt die in den kaiserlichen Erlässen vorgesezten Ziele. Die Zufriedenheit der Arbeiter wird freilich durch die Gesetzgebung allein nicht erreicht werden, wenn nicht zugleich das Verhalten der Arbeitgeber z. B. hinsichtlich des Luxus ein anderes werde. Alle Reformen sind indessen vergebens, wenn nicht das Christenthum wieder Boden gewinnt im Volke. (Beifall rechts.)

Abg. Singer erklärt bei der Stimmung des Hauses und weil in der späten Stunde eine gründliche Erörterung nicht möglich ist, auf das Wort verzichten zu wollen, da in der zweiten und dritten Lesung und auch bei dem sozialdemokratischen Antrag Gelegenheit sei, auf die Ausführungen des Ministers zurückzukommen.

Damit schließt die Diskussion.
Persönlich bemerkt **Abg. v. Stumm**: Wer mich als einen Gegner der kaiserlichen Erlasse hinstellt, hat meine Ausführungen nicht verstanden. Der Abg. Hise nennt mein System der Besorgnis für die Arbeiter ein solches der Leibeigenschaft und des Feudalismus. Dieses System hat aber meine Arbeiter vor der Ausbeutung durch gewissenlose Agitatoren bewahrt. Meinen Arbeitern ist durchaus nicht bei Strafe verboten zu heirathen; es ist ihnen nur vorgeschrieben, vor ihrer Heirathung ihre Pflicht mitzutheilen, und die Unterlassung dieser Anzeige wird allerdings unter Strafe gestellt. (Rufen links.) Diese Anzeige soll statthaben, damit ich eventuell zu frühzeitige Heirathen vermeiden kann. (Zustimmung rechts.) Fügt der Arbeiter sich dieser Vorschrift nicht, so würde er nicht bestraft, sondern ich stelle ihn nur unter Umständen der Frage, willst Du die Bestimmung erfüllen oder die Arbeit verlassen. Dadurch verhindere ich, daß der Arbeiterstand so degenerirt wird wie in anderen Betrieben. (Zustimmung rechts.) Ich werde diese meine Pflicht unter allen Umständen durchführen. (Beifall rechts.) Meine Arbeiterbewegung ist von dem Nutzen dieser Bestimmung überzeugt und es

Gerichts-Beitung.

Ein unschuldig Verurtheilter hat durch eine auf Anordnung des Reichsgerichts eingesehene abermalige Verhandlung seiner Angelegenheit gütliche Unbescholtenheit wiedergewonnen. Der hiesige Uhrenfabrikant Moriz Kohn war, wie damals berichtet wurde, am 13. Januar ex. von der I. Strafkammer hiesigen Landgerichts I, wegen versuchter Erpressung zu 8 Tagen Gefängnis verurtheilt worden. Der Angeklagte, welcher mit dem Juwelier S. Cohn in Bremen in Geschäftsverbindung stand und an denselben eine Forderung von 5162 M. hatte, erhielt Anfangs Januar ein gedrucktes Fiktular, daß sein Schulbner die Wechselverbindlichkeit nicht habe erfüllen können und sich der Kontaus nur vermeiden lasse, wenn die Gläubiger ein Moratorium von 3 Monaten gewährten. Auf Wunsch der Familie habe ein bestimmter Herr die einstweilige Verwaltung des Geschäfts übernommen und dieser stelle ein Vergleich von 40—50 pSt. unter sicherer Bürgschaft in Aussicht. Der Angeklagte war über diese Nachricht aufs Höchste erregt und schrieb sofort an den Schwager seines Schuldners, Herrn Samuel in Bremen, einen Eilbrief, worin er behauptete, daß er sich nur durch falsche Vorspiegelungen des Herrn S. Cohn bezüglich seines Vermögens zu so hohem Kredit habe verleiten lassen. Bevor er gerichtliche Schritte unternehme, wolle er dem Adressaten doch die Sachlage mittheilen und sei bereit, 75 pSt. unter seiner — des Samuel — Bürgschaft zu akzeptieren. In diesem Briefe hatte die Strafkammer den Thatbestand der versuchten Erpressung erpicht und, wie mitgetheilt, erkannt. — Das Reichsgericht dagegen hat auf die vom Rechtsanwält Dr. Friedmann eingelegte Revision das Urtheil aufgehoben und die Sache zur abermaligen Verhandlung an die Strafkammer des Landgerichts II verwiesen unter dem Hinweis, daß es eine erneute eingehende Prüfung verdiene, ob unter den obwaltenden Umständen jener Brief als versuchte Erpressung anzusehen sei. Die Strafkammer des Landgerichts II hat diese Frage gütlich verneint und der Angeklagte wurde daher von Strafe und Kosten freigesprochen.

Das Kirchhofsdiebstahl gerichtsseitig eine besonders strenge Verurteilung erfahren, bewies eine Verhandlung, welche gestern vor der 2. Abtheilung des Schöffengerichts stattfand. Auf der Anklagebank befand sich die verehelichte Emilie Klein, welche am Nachmittage des 14. November v. J. dabei betrogen wurde, als sie einen kleinen Oleanderbaum nebst dem Topfe von einem Grabe auf dem Sophien-Kirchhof aushub und sich damit entziehen wollte. Darüber zur Rede gestellt, behauptete sie, von einer Frau, mit der sie vor Jahren zusammengewohnt, beauftragt worden zu sein, den Oleander von dem bezeichneten Grabe zu holen, um ihn vor dem Erfrieren zu schützen, sie verweilte sich aber demnach in Widersprüchen, daß sowohl der Kirchhofsinzpektor bei dem ersten Verhör, wie auch gestern der Gerichtshof die Ueberzeugung von ihrer Schuld gewonnen. Sie wurde zu sechs Wochen Gefängnis verurtheilt.

Aus dem Schiedsgericht für Anfallsachen. Der Gobler K. verunglückte am 10. September v. J. dadurch, daß er mit seiner rechten Hand in die Schneidemaschine gerieth und ihm dabei die drei letzten Finger abgetrennt wurden. Von der Anputation der verletzten rechten Hand hat bei dem glücklichen Verlauf der Heilung Abstand genommen werden können, doch ist auch der Zeigefinger zu 10 pSt. bewegungsunfähig. Am 11. Febr. dieses Jahres ist K. aus der ärztlichen Behandlung entlassen worden, und hat ihm die Berufsgenossenschaft für die Holzindustrie von da ab die volle Rente auf 55 pSt. derselben geschmälert. Gegen den dahingehenden Bescheid der Genossenschaft legte der Verletzte durch den Rechtsanwält Dr. Flatau Verufung ein, welche gestern vor dem Schiedsgericht für Anfallsachen zur Verhandlung gelangte. Im Termine begründete der als Substitut des Anwalts fungierende Mediziner J. Fränkel die gestellten Anträge: 1. Die volle Rente bis zum 11. April ex. und 2. von da ab 66 2/3 pSt. zu gewähren. etwa wie folgt: Mit der Beendigung des Heilverfahrens sei der Verletzte fast niemals in der Lage, die ihm verbliebene Erwerbsfähigkeit auszunutzen. Vielmehr geböre dazu eine gewisse Vorbereitungszeit, um erst die verfallenen Glieder und die unverletzten Körpertheile an einem gegen früher veränderten Gebrauch zu gewöhnen. Vorliegend sei diese Zeit auf 2 Monate zu berechnen. Die Höhe der Rente anlangend, gewähre das Reichsversicherungsamt für den Verlust der rechten Hand 66 2/3 pSt. Diefem Verlust sei die Verarmung der Verletzte gleich zu achten. Das Schiedsgericht berieth längere Zeit und erkannte alsdann auf Zurückweisung der Verufung, ohne besondere Gründe dafür zu publiziren.

Soziale Uebersicht.

Zur Arbeitseinstellung im „Berliner Lokal-Anzeiger“ erhalten wir folgendes Schreiben: Auf die von Herrn Scherl, dem Verleger des „Berliner Lokal-Anzeiger“, auf unseren Bericht eingegangene „Berichtigung“ haben wir folgendes zu erwidern: Die Seher haben sich allerdings am 7. d. M., nach vorherigen Verhandlungen mit Herrn Scherl, in welchen derselbe erklärte, am Montag, den 12. d. M., 15 Seher und die anderen baldmöglichst wieder einzustellen, bereit erklärt, die Arbeit wieder aufzunehmen. Daß man unter dem „baldmöglichst“ nicht etwa die Zeit eines Jahres und noch länger verstehen konnte, ist wohl selbstverstandlich. Am Montag wurde aber durch die Redewendungen des Herrn Scherl den Sehern klar, daß die Aussicht, alle ausstehenden Kollegen im „Lokal-Anzeiger“ wieder unterzubringen, eine Legende sei. Herr Scherl wollte nur in sich das größte Vertrauen gesetzt haben, den Sehern aber in keiner Weise eine bindende Zusage machen. Daß Herr Scherl eine schriftliche Erklärung abverlangt werden sollte, müssen wir, als der Wahrheit widersprechend, zurückweisen. — Die Seher haben, durch ihr großes Vertrauen, welches sie in Herrn Scherl setzten, in dem guten Glauben, daß die Sache sich für sie zum Besten Aller regeln würde, jenes zweite von Herrn Scherl bezahlte Inserat auf ihre Schultern genommen, welches der Wahrheit geradezu ins Gesicht schlug, um in Ruhe die Sache beizulegen. — Was weiter die Berichtigung des Herrn Scherl betrifft, daß er während der Verhandlungen nie verlangt habe, die Seher sollen aus dem Verein austreten, so bemerken wir, daß Herr Scherl sogar behauptete, ihnen mehr bieten zu können, wie der Verein! — — — Er würde sogar, wenn sie es wünschten, dieselben mit einer Mark pro Woche Beitrag versichern!!! — Auf alle anderen Verlausulirungen des Herrn Scherl müssen wir verzichten. Wir werden nicht erlangen, von einer baldigst einzuberufenden öffentlichen Sitzung Herrn Scherl Kenntniß zu geben und sollte es uns sehr angenehm sein, denselben in unserer Mitte berichtend über die „Differenz zwischen den Sehern und dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ eingreifen zu sehen.

Achtung, Metallarbeiter! Aus Anlaß der Maifeier sind in Hamburg bedeutende Ausperrungen und Streiks entstanden. Es wird daher dringend ersucht, den Zugang auf das Strengste fern zu halten, um so mehr, als die Hamburger Kollegen sich bereits darüber beschwert haben, daß sich Berliner Kollegen haben als Streikbrecher benutzen lassen. Die Berliner Kollegen sind den Hamburgern um so mehr eine Bethätigung des Solidaritätsgefühls schuldig, als wir bisher bei allen Umständen auf eine thätige Hilfe der Hamburger Kollegen haben rechnen können. Ferner wird ersucht, die Bronzearbeiter, als wie Gärtler, Dreher, Drecker u. den Zugang von der Bronzearbeiterfabrik Feister, Jah. Hegendal, Ritterstr. 46, fernzubehalten, da Differenzen wegen der Fabrikordnung ausgebrochen sind. Der Vorstand des Allgemeinen Metallarbeiter-Vereins. Josef Hartmann.

Achtung Graveure und Hülsele Berlin und Umgegend! Kollegen! Da noch 3 Kollegen (2 unverheiratete und 1 verheirateter) zu unterstützen sind, so ersuchen wir die Sammlungen noch weiter zu betreiben. Sammelstellen sind zu haben am Sonntag Vormittag von 10—12 Uhr im Lokale des Herrn Feindorf, Langestr. 70; bei Herrn Schwahn, Wasserhorstr. 14, und beim Unterzeichneten; auch sind daselbst gesammelte Gelder abzuliefern und werden am Sonntag Unterstufungen ausbezahlt. Die Agitationskommission. J. A.: Bernhard Jach, Andreasstraße 63, 2. Hof part. links.

Versammlungen.

Der Fachverein der Gas-, Wasser- und Heizungsrohrleger und Berufsgenossen Berlins hielt am Sonntag, den 18. Mai seine Generalversammlung in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstraße 75, mit folgender Tagesordnung ab: 1. Geschäftsbericht des ersten Vorsitzenden. 2. Vierteljährlicher Kassenbericht. 3. Bericht der Arbeitsnachweis-Kommission. 4. Neuwahl der ausstehenden Vorstandsmitglieder. 5. Aufnahme neuer Mitglieder. 6. Verschiedenes und Fragelasten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und angenommen; alsdann erstattete der Vorsitzende zum ersten Punkt der Tagesordnung seinen Geschäftsbericht; während seiner Thätigkeit seien 10 Versammlungen abgehalten, in 8 von denselben wurden Vorträge über wissenschaftliche und auch gewerkschaftliche Sachen gehalten, außerdem fanden zwei Generalversammlungen statt, aufgenommen wurden in dieser Zeit 71 Mitglieder. Punkt 2. Vierteljährlicher Kassenbericht: die Einnahme betrug infk. Bestand vom 1. Quartal bis 27. April 208,25 M., die Ausgabe 98,25 M., so daß ein Kassenbestand von 110 M. verbleibt. Nachdem die Revisoren erklärt, die Kasse für richtig befunden zu haben, wurde dem Kassier Decharge erteilt. Nachdem die Kommission zur Zufriedenheit ihren Bericht über den Arbeitsnachweis gegeben, wurde zur Erledigung des vierten Punktes übergegangen. Gewählt wurden zum ersten Vorsitzenden Kollege Julius Reckner, zum zweiten Schriftführer Herrn. Müller und zum zweiten Kassier Oskar Krohn. In die Kommission wählte man die Kollegen Kothe, Langemann, Feins und Schuster. Punkt 5 wurde während einer Pause von 10 Minuten erledigt. Zum 6. Punkt übergehend gelangte der Antrag, die Streifenlisten und Gemahregelten des Fachvereins vom heutigen Tage, 18. Mai ab, so lange von den Beiträgen zu entbinden, bis der Streik beendet ist, zur einstimmigen Annahme. Ferner erklärten die Fachvereinsmitglieder, da nicht in Arbeit zu treten, wo die Sperre verhängt resp. gemahregelt ist, sei es bei den Kupferschmieden, Metallarbeitern oder Unternehmern für Gas, Wasser u. s. w. Der Rohrleger Louis Behmann und der Helfer Jos. beide bei der Firma W. C. Göh in Arbeit, wurden den Mitgliedern angeloblich empfohlen; dieselben hatten mit ihren sämtlichen Arbeitskollegen obiger Firma, infolge Nichtbewilligung des Lohnstarifs, die Arbeit niedergelegt, aber schon nach drei Tagen kehrten sie mit noch einigen Kollegen zur Arbeit zurück und wurden Streikbrecher. Auf Antrag einiger Kollegen wurden diese beiden Kollegen aus dem Verein ausgeschlossen. Kollege Reckner machte darauf aufmerksam, daß der Arbeitsnachweis nach Ritterstraße 112 verlegt sei, und zwar aus dem Grunde, weil der bisherige Arbeitsnachweiser sich weigerte, in seinem Lokal Arbeiterblätter auszugeben; er ersuchte nun die Mitglieder, recht rege hiervon Gebrauch zu machen, nicht mehr die einzelnen Berichterstattungen abzulassen, sondern sich nur dem Nachweis zuzuwenden. Ein Unterstufungsgesuch der streikenden Formier fand dahin seine Erledigung, daß denselben 20 M. aus der Vereinskasse bewilligt wurden. Nachdem noch von einigen Kollegen die letzte Kassenabrechnung der Klempner geschickert worden, machte der Vorsitzende auf die am 8. Juni stattfindende Fachvereinsversammlung aufmerksam und schloß hierauf die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung gewerblicher Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend tagte am Sonntag, den 18. Mai, Mittags 12 Uhr, in der Gräflich Meischach'schen Brauerei in Stralau, unter Leitung der Herren Maas, Böhlandt und Borchert, mit der Tagesordnung: 1. Situation nach dem 1. Mai. Referent Herr Aug. Günther. 2. Diskussion. Der Referent wies in seinem beifällig aufgenommenen Vortrag zunächst auf die Ausbeutung der 65 pSt. Arbeiter durch 5 pSt. der bestehenden Klassen hin, indem bei übermäßig langer Arbeitszeit ermächtig niedrige Löhne gezahlt würden. Die Regelung der Arbeitszeit müsse auf internationalem Wege erzielt werden, und daß dies möglich sei, bewies er z. B. erstens die Post; denn man kann einen Brief eben so sicher von Berlin nach Australien, wie nach Stralau oder Rummelsburg senden. Zweitens die Genfer Konvention; mag der Soldat im Kriege noch so wuth- und mordentbrannt sein, sobald er das rothe Kreuz im weißen Felde sieht, weiß er, daß er dahin nicht schießen darf. Und diese beiden Institute sind auf internationalem Wege geregelt. Daß die Arbeiter aller Länder die Regelung der Arbeitszeit auf 8 Stunden wollen, haben sie am 1. Mai, trotz dem Geschrei der Bierphilister und Angstweier bewiesen, indem Tausende und aber Tausende diesen Tag als internationalen Arbeitertag hochhielten. Bezugnehmend auf das Großkapital führte Redner an, daß beispielsweise in Köln 40 Familien, die alle unter sich verwannt sind, ein Gesamtvermögen von 1381 Millionen besitzen, ganz abgesehen von Rothschild, Vanderbilt und anderer Größen der Geldaristokratie. Dies beweise, daß sich das Kapital in immer engerer Kreise konzentriert, während der Arbeiter und Kleinmeister immer mehr ausgefaugt und letzterer nur dazu ist, um dem Großkapitalisten Arbeiter für seine massiven Betriebe auszubilden. Zum Schluß kommt Referent noch auf das Alters- und Invaliden-Versicherungsgesetz, mit welchem man dem Arbeiter eine Wohlthat glaubt bewiesen zu haben, aber es ist einfach hinfällig, wenn man sagt, daß Arbeiter 70 Jahre alt werden. Unter diesen Umständen werden sehr wenige in den Besitz der Rente von 83 1/2 Pfennig kommen. Referent schloß mit den Worten: Hoffst Du auch bis ans Grab, kein Rittler kommt herab von Himmelshöh'n. Willst Du, ein frei Geschlecht, nicht länger bleiben Knecht, mußt Du Dein gutes Recht Du selber fordern. In der nun folgenden Diskussion spricht zunächst Herr Hilbert (Brauer). Derselbe legt die Forderungen der Stauer gebelien klar und ersucht, dieselben dadurch moralisch zu unterstützen, daß man kein Bairisch Bier von den Brauereien trinke, welche die gerechten Forderungen der Gehilfen noch nicht bewilligt haben. Denn durch die Unterstützung der gesammten Arbeiterchaft ist ihnen der Sieg gewiß. Außerdem sehen 40 000 Brauereigenossen Deutschlands auf Berlin, durch den Sieg der Berliner Brauer werden der Arbeiterbewegung diese 40 000 zugeführt, während im entgegengesetzten Falle die Organisation auf lange Jahre hinaus lahm gelegt ist. Herr Maas spricht über die Verhältnisse in Mecklenburg, besonders der Stadt Malchin, wo im Allgemeinen eine Arbeitszeit von 16—18 Stunden vorderrschend ist. Hier hatte sich ein Verein gewerblicher Hilfsarbeiter gebildet, der aber durch allerhand Schikanen und Gewaltmaßregeln unterdrückt wurde. Man ging sogar so weit, daß die Stadtverwaltung Klatsche anschlugen ließ mit dem Inhalte, wer dem Verein angehört, bekommt keine städtische Arbeit mehr und dem Vorsitzenden Maas wurde seine Griftenz so untergraben, daß er der Stadt den Rücken kehren mußte. Herr W. Schmidt ersucht, die Brauer in ihrem Kampf moralisch zu unterstützen, denn der Sieg der Brauer bedeute einen Sieg der gesammten Arbeiterchaft. Herr Brandt kritisiert das Verhalten derjenigen Arbeiter, die den gesammten Beschäftigten entgegen, immer noch Bairisch Bier trinken. Herr Bollmann verurtheilt das Verhalten derjenigen Arbeiter der Berliner Messingwerke, wo ungefähr 1/4 der dort Beschäftigten für den 1. Mai gestimmt haben und nur zwei Mann haben gefeiert. Herr W. Schmidt theilt mit, daß der Verein gewerblicher Hilfsarbeiter am zweiten Pfingstfeiertag eine Partie nach Johannisthal unternimmt. Außerdem theilt er noch mit, daß das Mitglied des Vereins gewerblicher Hilfsarbeiter, Herr. Böfster, nach langem Krankenlager gestorben ist und die Beerdigung desselben am Dienstag, Nachmittags 5 Uhr, stattfindet, er bittet um zahlreiche Theilnahme. Das Andenken an den Verstorbenen

wird gewissenlosen Agitatoren, wie ich dem Abg. Hirsch bemerken will, nicht gelingen, Anzufriedenheit unter meine Leute zu bringen.

Abg. Hirsch: Ich überlasse das Urtheil über diese Rechtfertigung dem Hause und enthalte mich jeder weiteren Erwiderung, insbesondere auf den letzten hämischen Angriff gegen mich (Auf ruf: „Hämisch?“ Präsident v. Lepow: „Hämisch wäre kein parlamentarisches Wort.“) Der Herr Hirsch wäre in parlamentarischen Worten lag. Die Arbeitsordnung des Herrn v. Stamm enthält folgende Bestimmung: „Allen Meistern und Arbeitern ist es untersagt, gegen einander gerichtliche Klagen zu führen oder sich zu verheirathen (sachen links), ohne dem Chef der Firma ihre Absicht vorzutragen. Zuwiderhandlungen werden mit 3 bis 10 M. bestraft und tritt unter erschwerenden Umständen die Kündigung ein.“ Ferner: „Allen in meinem Dienst stehenden Personen ist es streng untersagt, mit Ausnahme des Ackerbaus ohne spezielle Erlaubniß irgendwelche Nebenbeschäftigung zu treiben. Dieses Verbot bezieht sich auf die sämtlichen Angehörigen, Frauen, Kinder, Verwandte, welche zu dem Haushalt der Personen gehören. Zuwiderhandlungen werden mit 5 M. und unter erschwerenden Umständen mit Kündigung bestraft.“ Ich enthalte mich jeder weiteren Bemerkung.

Abg. Stamm: Nach den Auseinandersetzungen, die ich schon früher bei einer Beleidigung des Abg. Hirsch gegen mich gehabt habe, ist es mir nicht mehr möglich, mich von ihm beleidigt zu fühlen. (Beifall rechts.)

Darauf wird die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Präsident v. Lepow theilt mit, daß ein Antrag des Abg. Bödel auf Einstellung des Gerichtsverfahrens in verschiedenen Privatbeleidigungsklagen gegen den Abg. Werner für die Dauer der Session eingegangen sei, und bemerkt, daß er diesen Antrag zwar nicht für zulässig halte, ihn aber doch morgen auf die Tagesordnung setzen wolle.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Antrag Bödel; Interpellationen Bamberger (Strafvollzug); Baumbach (Schweizerischer Niederlassungsvertrag); Anträge Kintelen (Zustellungsverfahren); Richter (Wahlprüfungen).)

Tokales.

Gesundheits-Ausscher. Wie bereits erwähnt, sind neuerlich im Polizei-Präsidialgebäude Beratungen über die Anstellung von Gesundheits-Ausschereisen in der Stadt Berlin gepflogen worden. Die Ausbildung und Verwendung dieser Gesundheits-Ausscher wird nun in folgender Weise vorgeschlagen: Personen, deren Zuverlässigkeit zweifellos ist, würden für jenen Dienst nach bestimmten Grundzügen durch einige dazu besonders befähigte Beamtensphäre theoretisch vorzubilden und für den praktischen Dienst zu schulen sein. Diese gesammte Vorbildung würde unter Oberaufsicht des Regierungs-Medizinalrates zu erfolgen haben, damit die später stattfindenden bethlichen gesundheitspolizeilichen Prüfungen nach möglichst einheitlichen Grundzügen für die ganze Stadt Berlin stattfinden könnten. Nach beendeter Ausbildung müßten die Anwärter eine theoretische wie praktische Prüfung nach näher zu bestimmenden Grundzügen vor dem Stadtphysikus ablegen, nach deren Befolgen ein Befähigungszertifikat erteilt wird, auf Grund dessen das Probejahr anzutreten sein würde. Derartige vereidete Beamte würden in diskretionärer Beziehung dem zuständigen Polizeihauptmann, in technischer-dienstlicher Angelegenheit dem zuständigen Bezirksphysikus bezw. dem Polizeipräsidenten zu unterstellen sein und sich dauernd lediglich dem Aufschichtsdiens über gesundheitswidrige Zustände der erwähnten Art zu widmen haben. Alle bezüglichen Anzeigen finden auf Formularen statt, während die gesammte dienstliche Thätigkeit in ein Tagebuch einzugetragen werden muß, welches von dem zuständigen Physikus und dem Polizeihauptmann in bestimmten Fristen eingesehen und geprüft wird.

Die Vegetation hat infolge des in diesen Tagen niedergewangenen Regens ganz außerordentliche Fortschritte gemacht. Spinat, Frühsalat wachsen außerordentlich rasch; Radishes, Frühkresse und grüne Zwiebeln sind in wenigen Tagen doppelt so groß geworden, wie vordem. Die Halme der Winterweizen zeigen jetzt über 1 Meter Länge und starken Lehrenaufschlag. Die Kirschen, frühen Pflaumen und Birnen haben eine in dieser Zeit kaum jemals gekannte Größe erlangt. Nußbäume und Kastanien, die hartnäckigsten der blühenden Baumarten, sind zum Knospen gekommen. Im Blumengarten sind Lilien, Jasmin, Weiblichblat und auch einige Rosen erblüht.

Bei jedem Frühlingregen, der über Berlin herniederregt, haben unsere Pferdebahnen eine Art von Wasserprobe anzulegen, die sie stets nur äußerst mangelhaft bestehen. Besonders zu klagen hatten die Fahrgäste wieder am Montag früh. In einem der großen Deewagen der Linie Kirdorf-Spittelmarkt änderten die neu eintretenden Fahrgäste drei, vier Mal ihre Plätze, um sich zu überzeugen, daß man auf allen Plätzen von dem durch die Decke rieselnden Regenwasser zu leiden hatte. Der Schaffner tröstete mit dem Hinweis, daß das nur ganz unbedeutende Nässe in der Decke sein könnten, die bald verquellen würden. Den Fahrgästen blieb natürlich weiter nichts übrig, als sich an diesem Frost genügen zu lassen und zum Schutze des Halses gegen die herabfallenden Tropfen den Rockragen in die Höhe zu schlagen.

Zum Beweise dafür, daß die Untersuchung des Fleisches, welches für Private und für Gast- und Speisehäuser waffenhaft in Berlin eingeführt wird, dringend notwendig ist, veröffentlicht die „D. H. Ztg.“ das Fiktular eines Herrn W. Neue, Niederstraße 6a. In diesem Fiktular werden die Landwirthe der Provinz davon benachrichtigt, daß Herr N. den Ankauf aller schlachtbaren Viehgattungen, auch welche nicht öffentlich auf hiesigen Markt gebracht werden dürfen, übernimmt. Wörtlich heißt es dann: „Ich weiß als alter Landwirth, daß in dringenden Fällen die Landwirthschaft so ermächtig Preise zahlen, daß es oft vorgezogen wird, das Fleisch zu vergraben. Diesem Uebel will ich abhelfen, indem ich mich bemühe, möglichst anständige Preise zu bezahlen, in keinem Falle werden die Anforderungen zu verlangen und nie Erpressungen vorzunehmen, wie es leider fast immer in solchen dringenden Fällen geschieht. Ich kaufe auch bereits in der Nothlage geschlachtetes Vieh.“ Da kann man den Berliner Fleischessern aus vollem Herzen „Guten Appetit!“ wünschen.

Polizeibericht. Am 19. d. M. Morgens wurde ein Arbeiter an der Fennbrücke von einem Geschäftswagen überfahren und am rechten Arm und Bein so schwer verletzt, daß er nach der Charitee gebracht werden mußte. — Vormittags fiel der Kutscher Bogelzang vor dem Grundstück Willowstr. 56 von dem ihm geführten, mit Steinen beladenen Wagen, wurde überfahren und erlitt so schwere, innere Verletzungen, daß er bald darauf starb. — Mittags wurde auf dem Grundstück Unterbaumstraße 8 die Leiche eines unbekanntes, etwa 50-jährigen Mannes aufgefunden und nach dem Schauhaufe geschafft. — Als Nachmittags ein 14-jähriges Mädchen in der eiterlichen Wohnung, Landsberger Allee 134, Petroleum in das Herdfeuer gab, explodirte dasselbe und erlitt das Mädchen so schwere Verwundungen an der Brust und den Unterarmen, daß es nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Zu demselben Zeit gerieth ein Arbeiter vor dem Hause Seibelstr. 18 beim Besteigen eines in der Fahrt befindlichen Arbeitswagens mit dem Fuße unter das Borderrad und wurde dabei so bedeutend verletzt, daß seine Ueberführung nach der Charitee erforderlich wurde. — Abends wurde ein Mann in seiner Wohnung in der Söwinmünderstraße erhängt vorgefunden.

Lokales.

Die Berliner Feuerwehr.

Die ungewissenhaftesten Vorkämpfer der Berliner Feuerwehr beruhen auf dem Grundsatz, daß das Feuer möglichst im Entstehen zu unterdrücken und Schnellkraft der Bekämpfung vor allen Dingen anzustreben sei. Daher die strenge Durchführung der Organisation, die Schlagfertigkeit und Bewandlung der ständigen Wachen und deren telegraphische Verbindung unter einander, sowie die vorzügliche Wasser- und Löscheinrichtung. In Anbetracht der Feuererhöhung hat die Feuerwehr die Aufgabe, durch Ueberwachung der feuergefährlichen Bauweise die baupolizeiliche Aufsicht zu führen, ferner Anordnungen zu treffen wegen Aufbewahrung feuergefährlicher Stoffe und wegen Sicherung derselben gegen Entzündung. Sicher gebort die Aufsicht über Lager von Oelen, Spirituosen, Sprengstoffen u. s. w. Besondere Aufmerksamkeit der Feuerpolizei erfordern diejenigen Bauten, in welchen größere Menschenmassen sich zu versammeln pflegen, dazu gehören Kirchen, Schulen, Theater, Gasthäuser, Kaffeehäuser und andere Gebäude. Die Feuerwehr befolgt das Prinzip: jedes Feuer muß begrenzt werden. Hierdurch soll zunächst das Fortschreiten verhindert werden. Das Vordringen nach dem Herd geschieht schrittweise und findet stets so statt, daß die abgetheilte Theile einen vollständig isolierten, also gegen Wiederezündung geschützten Raum bilden. Stets wird auf sicheren Rückzug Bedacht genommen. Das Eindringen hält sich in den Grenzen der Nothwendigkeit und das Einreißen wird nur im Nothfalle und mit Maß vorgenommen. Die Feuerrettung hat in erster Linie die Rettung gefährdeter Menschen, in zweiter die Vergung von Sachen zur Aufgabe. Der Werth der Sachenrettung giebt sich in der Vergung unerfahrener Gegenstände, als Urkunden, Kunstgegenstände, Bibliotheken u. s. w. In den Rettungsgeräthen gehören die Leiter und das Seil. Die heutige Technik hat Vorrückungen mannigfaltiger Art geliefert, mit denen das gefahrlose Herablassen von Menschen und Sachen aus der Höhe in möglicher Kürze erfolgen kann. Besondere Rücksicht und Rettungsapparate sind die Schutzhänge gegen Hitze und Rauch, ferner die Abkühlungsgeräte nach dem System Stube und die Sicherheitslaternen. Das Springtuch, zu welchem man nur in äußerstem Nothfall greift, ist bei der Berliner Feuerwehr im Gebrauch, ebenso der Hülfer'sche Rettungsapparat, auch seine ohne Ende genannt. Dagegen bedient sie sich nicht des Rettungsseils und des Rettungsnetzes. — Das Feuermeldewesen mit seinen öffentlichen Meldestellen hat die günstigsten Erfolge gezeitigt. Wird die Berliner Feuerwehr sofort von dem Ausbruch eines Feuers benachrichtigt, so ist sie im Stande, schon innerhalb 10 Minuten nach erfolgter Meldung auf der Brandstelle einzutreffen. Im Ganzen hat Berlin gegen 600 Meldestellen. Von allen Feuerwachen gehen besondere Telegraphenlinien aus, in welchen eine größere oder geringere Anzahl von telegraphischen Feuermeldern geschaltet sind. Die Feuermelde-Apparate enthalten ein Uhrwerk, welches durch Ziehen an einen Handgriff ausgelöst werden kann. Durch die Bewegung des Uhrwerkes wird die Herbeiführung der Feuerwehr bewirkt. Das Uhrwerk setzt nämlich eine mit schmalen und breiteren Rippen besetzte Scheibe in Umdrehung, welche an einer Feder gleitet und durch Bewegung der Scheibe auf dem Papierstreifen eines in der Feuerwache aufgestellten Morse-Apparates kürzere und längere Striche erzeugt. Da alle Apparate einer Linie verschiedene Zeichen haben, so kann der Telegraphist der Feuerwehr an den Zeichen erkennen, welcher Apparat der Linie in Bewegung gesetzt ist. In der neueren Zeit hat die Behörde fort, aus den Straßen zum Gebrauch für das Publikum Feuermelder in eisernen Gehäusen aufzustellen, welche durch Ziehen an einem Knopf in Bewegung gesetzt werden können. Nachdem ein mit einer Glasglocke besetzter Schlüssel durch Zerschlagen der Scheibe zugänglich gemacht worden und zum Ausschließen des Apparates benutzt worden ist, wird der Knopf sichtbar. Diejenige Person, welche einen derartigen Apparat in Bewegung gesetzt hat, muß einige Minuten warten, bis die Feuerwehr angelangt ist oder förmliche Meldung auf einem Zettel hinterlassen. Berlin besitzt gegen 300 Feuermeldestellen. An Straßenbrunnen, Anschlagstellen u. s. w. sind die nächsten Meldestellen angegeben. Ferner kann in jedem Polizeibureau gemeldet werden, ferner in Kaffeehäusern, überhaupt bei jedem Geschäftstreibenden, der an das Telephonnetz angeschlossen ist. Hier und da findet man auch in Hinterhöfen der Häuser Apparate aufgestellt, deren Kosten die Hausbesitzer tragen. — Zu den 5 Kompanien, bezw. 17 Zügen unserer Feuerwehr gehören zur Zeit: 1 Branddirektor, 1 Oberbrandinspektor, 5 Brandinspektoren, 7 Brandmeister, 7 Feldwebel, 63 Ober-Feuermänner, 8 Ober-Maschinenisten, 249 Feuermänner, 489 Spritzenmänner und 18 Müller. Zusammen 796 Köpfe. Das der Verwaltung zur Verfügung gestellte Pferdmaterial (116 Thiere) ist ein durchaus gutes. Die Pferde haben kräftige Brust, sind gut gebaut und zum größten Theil mecklenburgischen Schlages. Die Größe der Pferde ist durchschnittlich 1,74 Meter. Der Preis eines Pferdes beträgt im Durchschnitt 1200 Mark. Das Institut besitzt 11 Handdrück- und 8 Dampfspritzen. Das Feuertocher und die Feldwebel sind permanent im Dienst. Die Mannschaft hat 48 Stunden Nachdienst, darauf 24 Stunden Ruhe. Ein Theil der Ober-Feuermänner und Feuermänner leistet an Ruhetagen den Sicherheitsdienst in den größeren Theatern. Die ganze Mannschaft ist indessen verpflichtet, an den dienstfreien Tagen jeden Dienst zu leisten, zu welchem sie kommandirt wird. Das monatliche Gehalt der Spritzenmänner beträgt 75 bis 100 M., bei den Feuerwehrmännern 115—125 M., bei den Oberfeuermännern 131—143 M. Der eingerichtete Sanaxierdienst bewährt sich ganz vorzüglich. An Hilfsmitteln hat diese Truppe sechs kleine Apotheken, von welchen jede der 5 Kompanien bei ihrem Ausbrüche eine mit sich führt, während die sechste als Reserve dient. Eine solche Apotheke enthält eine flüssige Karbolsäure, eine Zusammenfügung von Kalkwasser, Weind und Limon für Brandwunden, eine Flasche Rogual, Cholera- und Giftpflanzen, Salmiakgeist, Scheeren, Verbandstoffe u. s. w. Auf den Feuerwachen in der Schöneberger- und Mauerstraße sind seit kurzem Krankenstuben eingerichtet, welche bei Straßen-Unfällen vom Publikum benutzt werden können.

Als eine Mischung geistiger Heiligkeit und vorwurfsloser Sündhaftigkeit muß Berlin nach den Darstellungen der inneren Mission dem Zureisenden erscheinen. Der erste Eindruck, der ihm auf den letzten großen Eisenbahnstationen vor Berlin zu Theil wird, ist ein Eindruck der inneren Mission, die sich des Reisenden liebevoll annimmt. Man denkt im Stippenstand in Frankfurt an der Oder — wir nehmen an, der Fremdling kommt aus dem Osten des Reiches — an nichts, als an die Frankfurter Spritzen, die ebendort so berühmt waren; plötzlich steigt durch das offene Wagenfenster ein „Christlicher Wegweiser“ durch Berlin, in welchem alle Hospize, Konventikel, Theatralen,

in denen der sündige Mensch vor den scheußlich drohenden Gefahren Sprechbells sicher ist, gewissenhaft aufgeführt sind: aus einer Liste der „Sehenswürdigkeiten“, welche den Wegweiser ziert, ist wie ein Berliner Brief der „Dresd. Jtg.“ angeführt, alles weggelassen, was für einen Besucher christlich-sozialer Versammlungen kein Interesse hat. Eine Geschichte im Traktatentheil, die leider so kurz ist, daß sie in Fürstenwalde schon nicht mehr wahr ist, — so schnell liest man sie, — erbaute den sinnhaften Fremdling in hohem Grade; dazu treten einige statistische Angaben über die Ausbreitung der Wirklichkeit der englischen Bibelgesellschaft, und so ist denn der moderne Mensch, der seinen Fuß in die deutsche Reichshauptstadt setzt, hinlänglich gefest gegen alle Fährnisse, welche der wilde Geist der Zerstörung und Untergrabung der Sittlichkeit in dem Sodom an der Spree und Pante heimtückisch gelegt hat.

In Anknüpfung an die Schwindelannoncen, die wir kürzlich veröffentlichten, wird geschrieben: Die Schwindler von Pest sind aber geradezu eine Gefahr für die Geschäftswelt des Deutschen Reiches, ebenso wie für das Privatpublikum. Gerade vor Jahresfrist besand ich mich in Pest, um dort die polizeilichen Einrichtungen und die Kriminalverhältnisse kennen zu lernen. Ich wurde bei diesem Unternehmen in freundlichster Weise von der Polizei unterstützt und was ich in folgendem mittheile, beruht auf direkten Angaben der Oberhauptmannschaft (Polizeipräsidentium) von Pest. Die Polizei von Pest ist den deutschen Zeitungen außerordentlich dankbar, welche auf Budapesther Schwindler aufmerksam machen und vor ihnen warnen, weil die ungarische Gesetzgebung leider versagt. Betrug: id Schwindel aller Art gehören in Ungarn zu den Antragsdelikten, d. h. die Behörde kann gegen einen Schwindler erst einschreiten, wenn gegen ihn der Straf Antrag eines Geschädigten vorliegt. Selbst wenn die Polizei genau weiß, daß unter ihren Augen notorische Schwindler ihr Wesen treiben, kann sie doch nicht ohne Weiteres einschreiten. Sondern muß sich erst einen Strafantrag beschaffen. Dies ist aber nicht so leicht, wie man glaubt. Während meiner Anwesenheit in Pest wurde z. B. ein Berliner Vergnügungsreisender von Bauernfängern in Karren vollständig ausgeplündert und um seine ganze Baarschaft, bestehend aus tausend Gulden, gebracht. Natürlich wendete er sich an die Polizei, die legte ihm das sehr überflüssige Verhörprotokoll vor und der Berliner Landmann erkannte sofort die Leute, die ihn gebauernfängert hatten. Die Polizei versprach dem Geschädigten, alles aufzuteilen zu wollen, und bat ihn gleichzeitig dringend, einen Strafantrag stellen zu wollen, wenn es gelänge, die Gauner festzunehmen. Der Berliner versprach dies auch, als ihm aber wenige Stunden später die ergriffenen Gauner vorgeführt wurden und ihm die Polizei vor allem neunhundert Gulden aushändigte, die sie noch beiden Bauernfängern gesunden hatte, erklärte der Berliner, er wolle mit der ganzen Sache nichts mehr zu thun haben, verweigerte den Strafantrag, reiste schleunigst ab und — die Polizei mußte die Bauernfänger wieder laufen lassen. Diese Abneigung der Geschädigten gegen Strafanträge erklärt sich dadurch, daß die meisten die Umständen einer Untersuchung oder eines Prozesses insbesondere in fremdem Lande scheuen, und sehr oft verhindert sie auch die Scham über ihren „Meinfall“ die Gauner anzugehen. Die Pest Polizei fährt unter solchen Umständen einen sehr ungleichen Kampf mit dem Gaunerthum und kann es trotz aller Anstrengungen nicht verhindern, daß auf dem Gebiete der „fraudulosen Gehahrung“ d. h. des Schwindels und Betrugs im Verkehr und Geschäftsleben die Budapesther Gauner Großartigere leisten, als ihre Kollegen in anderen Großstädten. Um so mehr aber sollten deutsche Zeitungen diese Gauner nicht durch Annahme von Inseraten schätzen, sondern sie mit voller Namensnennung an den Pranger stellen. Das Publikum aber sei vorsichtig gegen die ungarischen Inserate aller Art, die sich auf Geldverleiher, Geschäftsagenturen, besonders aber auf Stellenvermittlung beziehen. Gerade die Stellenvermittler haben Deutschland schon um Tausende von Mark betrogen. Als es vor zwei Jahren gelang, zwei solcher Stellenvermittlungsgeschäfte in Pest aufzuheben, fand man viele Hunderte von deutschen Bekanntheitsabdrücken, laut deren die Gauner, welche natürlich nie daran dachten, eine Stelle zu besorgen, von deutschen Reflektanten Geld als Vorschuss erhalten hatten. Manche Betrogene hatten sogar wiederholte Geldeinsendungen gemacht. Von maßgebender behördlicher Seite wurde mir in Pest gesagt, es empfehle sich für deutsche Geschäftsleute, sich nie mit einer Budapesther Firma in Geschäftsverbindung einzulassen, bevor man sich nicht an sicherer Stelle über die Bonität erkundigt habe. Pest besitze natürlich eine große Anzahl sehr achtbarer Firmen, diese könnten aber nur gewinnen, wenn das deutsche Publikum vorsichtiger gegen Budapesther Offerten wäre, da dann den Gaunern am leichtesten das Handwerk gelegt werden würde.

Zwischen eines Selbstmordes waren am Sonnabend Nachmittag in Schildhorn mehrere Unteroffiziere. Dieselben hörten in der Nähe des Langmeier'schen Lokals kurz hinter einander den Knall dreier Schüsse. Sie eilten an den Ort der That und sahen einen jungen Mann, der eben noch die Waffe gegen sich gerichtet hatte. Sie entwandten ihm den Revolver, und in demselben Augenblick sank der Lebensmüde auch schon zusammen. Der Unglückliche blutete aus drei Wunden; eine Kugel war ihm in den Kopf gedrungen, zwei in den Unterleib. Der Selbstmörder, ein Gewinnschneider Bernhard Lang aus Berlin, wurde scheinbar entseht auf einen Bierwagen gelegt und in das Spandauer Krankenhaus gebracht. In seinem Aufkommen wird gezwweifelt.

Immer ärgerer Aufzug wird mit den Rettungsballen getrieben. In den letzten Tagen sind zehn solcher Bälle nach einander theils gestohlen, theils ins Wasser geworfen, theils zerschritten worden. Es wäre sehr erwünscht, wenn das Publikum den Rettungsbällen größere Aufmerksamkeit schenkte und Uebelthäter der verdienten Verstrafung zuführte.

Berlin wird bald durch zwei Pferdebahnlagen mit Spandau verbunden werden. Die eine soll in Anschluß an die bis zum Spandauer Berg fahrende Charlottenburger Pferdebahn die Chaussee entlang bis in die Mitte der Stadt angelegt werden, in Verbindung mit einer Linie, die ganz Spandau durchschneiden wird. Diese Bahnstrecke beabsichtigt die Stadt selbst zu bauen. Das zweite Unternehmen, welches von jenem getrennt ist, hat der Kaufmann Habertorn in Berlin, der Besitzer von Valentinswerder, projektiert. Diese Bahnlage nimmt ihren Ausgang an der Berliner Brücke in Spandau, geht die Berliner Chaussee entlang, berührt Hofelhorn, Saatwinkel, Zegel und hat dann Anschluß an den Norden Berlins.

Die erste diesjährige Regatta des „Schwäbischer Segler-Vereins“ fand am Sonntag auf dem Seddin-See bei Schwandow statt. Die Bahu war von Scholands Gesellschaftshaus in Schwandow bis nach Robinowall bei Gosen und zurück nach dem Langen See. Es starteten 19 Boote, von denen der „Argo“ (Westher die Herren Mehrle u. Co.) als erstes durchs Ziel ging und somit auch den ersten Preis, ein werthvolles Trinkhorn, errang. Den zweiten Preis erhielt das Boot des Herrn Moll „Seddin“. Bei der zweiten Tour nach Gosen brach dem mitbewerbtigen Segelboot „Vergilmeintlich“ der Mast und

das Flaggenboot „Neptun“ kenterte bei der Rückfahrt nach Schwandow. Glücklicherweise gelang es den drei Insassen, sich zu retten; zwei hielten sich an dem noch einige Fuß aus dem Wasser ragenden Mast fest, bis Hilfe herbeikam, und der Dritte schwamm dem nahen Ufer zu. Das gesunkene Boot ist noch an demselben Tage wieder gehoben worden.

Verschwundene Akten auf dem Teltower Landrathshaus. Nachdem kürzlich auf dem Potsdamer Landgericht die Wertens'schen Strafakten verschwunden sind, wird jetzt ein ähnlicher Fall aus Teltow berichtet. Der Weber S. aus Nowawes hatte, weil er glaubte, daß ihm widerrechtlich Krankengeld von der dortigen Webergesellen-Krankenkasse entzogen werden sollte, darüber Beschwerde geführt. Er wartete 2 1/2 Jahre auf Antwort von der Regierung, und als diese nicht eintraf, ersuchte er nochmals um Bescheid. Darauf erhielt er folgende Antwort: „Auf Ihre Eingabe vom 25. März d. J. erwidere ich Ihnen, daß Ihre Beschwerde vom 14. November 1887 nach Ausweis der diesseitigen Akten unter dem 16. desselben Monats dem königl. Landrathshaus des Kreises Teltow zur Berichterstattung zugestellt worden ist. Ob die Sache seitens des Landrathshaus weiter verfolgt worden ist, läßt sich jetzt nicht mehr feststellen, da die Vorgänge bei der genannten Behörde bebauerlicher Weise nicht aufzufinden sind. Da Sie es nun unterlassen haben, im Laufe der Zeit eine Entscheidung herbeizuführen, sehe ich mich jetzt in Rücksicht auf den inzwischen verstrichenen Zeitraum außer Stande, in der Sache etwas zu veranlassen. Der Regierungspräsident.“

Gerichts-Beitrag.

Die mangelhafte Heberwahrung des der Abbederei überwiesenen Fleisches, welche schon zu mehrfachen Beschwerden und Erörterungen in der Stadtverordneten-Versammlung Veranlassung gegeben hat, wurde gestern auch gerichtsfest in einer Verhandlung festgestellt, welche vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Auf der Anklagebank befanden sich der Schlächter Karl Wilhelm Köhler und der Kutscher Roggenbuck, welche des gemeinschaftlichen Diebstahls in vier Fällen beschuldigt waren. Dem Erstgenannten wurde außerdem Vergehen gegen das Nahrungsmittel-Gesetz in drei Fällen zur Last gelegt. Beide Angeklagte waren geständig. Bekanntlich beziffert sich das Fleisch, welches jährlich auf Grund der thierärztlichen Untersuchungen als zur menschlichen Nahrung ungeeignet erklärt und der Abbederei überwiesen wird, nach Hunderten von Zentnern. Die Ueberführung nach der Abbederei geschieht in folgender Weise: Das beschlagnahmte Fleisch wird auf dem Viehhofe gewogen und auch die Gattung und Stückzahl auf einen Schein vermerkt, der dem Führer des Abbedereiwagens eingehändigt wird. Der Wagen bildet einen verschließbaren Kasten; ist derselbe gefüllt, so hat der auf dem Viehhofe dienende Schutzmann den mit einem Vorlegeschloß versehenen Kasten zu schließen. Auf der Abbederei hat derjenige Beamte, der das Fleisch abnimmt, den Kasten mit einem zweiten Schlüssel zu öffnen, und seiner Instruktion gemäß soll er den Inhalt mit dem ihm übergebenen Schein vergleichen und sich durch die Gewichtsprüfung davon überzeugen, daß ein Abgang unterwegs nicht stattgefunden hat. Wie der Präsident, Landgerichtsdirektor Schmidt, betonte, sind die gemeingefährlichen Diebstähle nur dadurch möglich gewesen, weil auf der Abbederei bei Abnahme des Fleisches in höchst nachlässiger Weise verfahren wurde. Der Angeklagte Roggenbuck erklärte, daß nur in seltenen Fällen eine Nachwägung des Fleisches vorgenommen wurde, und deshalb sei er darauf eingegangen, als Köhler ihm den Vorschlag machte, den Wagen unterwegs zu betrauben. Köhler hatte bemerkt, daß der Deckel des Kastens so schlecht schloß, daß man ihn etwa handbreit hochheben konnte und dieser Spalt genüge, um Streifen des Fleisches aus dem Innern hervorzuziehen. Auf dem langen Wege von dem Viehhofe bis zur Abbederei giebt es genug unbewohnte und verkehrsarme Strecken zu passieren, an einer solchen erwartete Köhler den Wagen mit einem Saal und führte den Diebstahl aus. Köhler gab zu, das Fleisch zu drei verschiedenen Malen an arme Leute verkauft zu haben, zum Theil habe er selbst davon genossen, und daraus gehe wohl zur Genüge hervor, daß er es nicht für schädlich gehalten habe. Bei dem Geständnis der Angeklagten bedurfte es nur der Vernehmung des städtischen Fleischschauers Kottke, welcher Köhler beim vierten Male ertappte. Er hielt es für zweifellos, daß schon der erste Diebstahl nicht hätte unentdeckt bleiben können, wenn der Beamte auf der Abbederei seine Pflicht gethan. Der Staatsanwalt beantragte gegen Köhler neun Monate Gefängnis und einjährigen Ehrverlust, gegen Roggenbuck vier Monate Gefängnis. Der Gerichtshof ging bei der großen Gemeingefährlichkeit und Niederrichtigkeit, die in der Handlungsweise der Angeklagten liege, über das beantragte Strafmaß hinaus und erkannte gegen Köhler auf 1 Jahr, gegen Roggenbuck auf 6 Monate Gefängnis. Außerdem wurde gegen beide Angeklagte auf je 1 Jahr Ehrverlust erkannt.

Soziale Ueberfluth.

An die Maler und Kunstverleiher und verwandten Berufs-genossen! Kollegen, wie Ihr alle wißt, tobt seit 5 Wochen der Lohnkampf in unserem Gewerbe in Hamburg. Zur kurzen Aufklärung folgendes: In diesem Frühjahr war der bisherige Lohnvertrag abgelaufen. Und die Herren von der Innung erklärten für ihren Lohn nicht verhandelbar, sondern sie (die Innungsmeister) würden die Regulierung des Lohnes selbst besorgen, das heißt, die Herren würden jetzt die Löhne nach ihrem Belieben zahlen. Kollegen! Ihr seht also auch hier, wiederum war es die Innung, welche von oben herab in jeder Art und Weise der Hamburger Kollegenschaft den Kampf ausgedrungen hat. Nun, die Kollegen Hamburgs konnten sich dieses Anstimmens jener Innungshelden nicht gefallen lassen und nahmen den Kampf jetzt ihrerseits ganz energisch auf. Da die Organisation in Hamburg eine gute ist und die dortigen Kollegen von einer selten zu findenden großen Opfermüdigkeit besetzt sind, so waren die Erfolge von vornherein gleich bedeutend. Der Sieg schien auf Seiten der Arbeiter gesichert; da trat ein zweiter Feind auf, der Indifferentismus. Den Innungspatronen war es gelungen, durch ihre Agenten, welche sie nach allen deutschen Städten gesandt hatten, dort durch schöne Versprechungen u. s. w. fremde Arbeitskräfte nach Hamburg zu ziehen. Und zu unserer Schande sei's hier gesagt: Gerade Berlin hat sich hierin großartig gezeigt, in den letzten Tagen sind größere Trupps von Gehilfen von hier nach Hamburg angeworben und auch hingefahren. Kollegen! Was dieses bedeutet, das wißt Ihr wohl. Der Sieg der dortigen Kollegen wird dadurch in Frage gestellt; aber nicht nur dieser Punkt ist es, nein, die ganze Organisation steht auf dem Spiele. Gerade unsere Organisation ist es ja, welche den Innungshelden den Kopf schwer macht, und sie scheuen ja selbst nicht die erbärmlichsten Denunziationen gegen uns. Nun Kollegen, wir wollen aber die Scharte wieder ausweiden, nicht wir

wollen die Hand dazu bieten, daß der Kampf unseren Brüdern in Hamburg schwer gemacht wird, dadurch, daß von hier Gehilfen nach Hamburg gehen. Darum Kollegen laßt Euch nicht durch schöne Versprechen der Peters und Konforten (Zunungs-Arbeitsnachweis), Dranienstr. 105, verleiten, nach Hamburg hinüber zu gehen und dann der Innungsgehilfschaft die Arbeit fertig zu machen. Wir haben kein Interesse daran, diese Herren in ihrem Kampfe gegen unsere Kollegen zu unterstützen. Wollen sie die Forderungen unserer Kollegen nicht anerkennen, so mögen sie die Folgen dieses so leichtsinniger Weise heraufbeschworenen Kampfes auch tragen, und gehen Einzelne auch dabei zu Grunde. Wir aber wollen unsere Kollegen dadurch unterstützen, daß wir den Zuzug nach Hamburg fernhalten.

Thun wir dieses, Kollegen, dann ist der Kampf in kürzester Zeit entschieden und der Sieg ist auf Seiten der Hamburger Kollegschaft. Und deren Sieg gegen die reaktionären Bestrebungen der Innung ist auch unser Sieg.

Darum nochmals, Kollegen, haltet den Zuzug nach Hamburg fern! Mit kollegialem Gruß Die Kommission. Im Auftrage: Gustav Pinf.

Aufruf an die Hohlleger und Helfer Berlins! Kollegen! Wir ersuchen Euch eindringlich, der Streikkommission sofort anzumelden, in welchen Werkstätten die Unternehmer Lohn-erhöhungen bewilligt haben und in welcher Höhe, es ist dieses dringend notwendig. Meldungen sind im Streikbureau, Ritterstraße 112 bei Schmidt, zu machen.

Achtung, Klempner! Die Innungsbrüder fangen an, sich zu rühren und machen Front gegen uns. So sind in der Werkstatt von Kunig, Baulempner, mehrere Kollegen entlassen wegen Zugehörigkeit zu unserm Verein und der Feier des 1. Mai. Herr Kunig sagte, sie wären schon zu lange bei ihm, sie sollten nun gehen und andere Buben rebellisch machen. Wir freuen uns, daß mit den drei Entlassenen gleich vier andere Kollegen die Arbeit niedergelegt haben. J. A.: P. Selchow, z. Z. Vorsitzender.

Gera, 19. Mai. Die Aussperrung der hiesigen Weberarbeiter und Arbeiterinnen dauert noch immer fort. Die gegnerischen Mitteilungen, daß viele Arbeiter die Arbeit aufgenommen hätten, ist falsch. Nur ein sehr kleiner Teil, der gegenüber den Tausenden gar nicht in Betracht kommt, hat zu arbeiten angefangen. Die Haltung der Aussperrten ist sehr gut. Aber die Noth wächst. Und es ist dringend nötig, daß zur Linderung derselben etwas geschieht. Die Unterstützungen, welche von auswärts eingegangen sind, entsprechen weder dem Umfang noch der Bedeutung der Bewegung. Von einzelnen Orten abgesehen, hat sich die Textilarbeiterschaft noch sehr lässig gezeigt. Auch die in Berlin. Es ist ja richtig, die Streiks sind ganz besonders in unserer Branche sehr zahlreich in diesem Frühjahr aufgetreten, andererseits muß aber auch zugegeben werden, daß der Geraer Ausstand von größter prinzipieller Bedeutung ist.

Wir ersuchen deshalb alle unsere Kollegen, das bisher Versäumte schleunigst nachzuholen. Alle Briefe und Sendungen sind zu richten an Emil Vogel, Gera, Neupf., Karlstr. 1.

scheitert sein. Der von Herrn Adler gemachte Vorschlag beim Reichstage eine diesbezügliche Petition einzureichen, dahingehend, daß das Schließen der Geschäfte mit Ausnahme von Apotheken und Gastwirthschaften an Sonn- und Festtagen von Mittags 12 Uhr ab gesetzlich vorgeschrieben werde, wurde mit Beifall entgegengenommen. Nur erklärte die Mehrheit der Vertreter der Kolonialwaarenbranche, daß sie eine solche Petition nur dann unterstützen könnten, wenn für sie das Schließen der Geschäfte erst von 2 Uhr ab gefordert würde. Zugleich wurde von mehreren Seiten in Anregung gebracht, künftig dahin zu wirken, daß schon vom zweiten Pfingstfeiertage an auf Grund gegenseitiger Vereinbarung für die Sommermonate die Sonntagsruhe inne gehalten werde. Es fehlte indessen nicht an solchen, die sich von einem derartigen Vorgehen wenig oder gar keinen Erfolg versprechen. Zum Schluß wurde von der Versammlung folgende Resolution mit großer Majorität angenommen: „Die am Montag, den 19. Mai, u. s. w. tagende Versammlung der Geschäftsinhaber und Inhaberrinnen richtet an den hohen Reichstag hiermit die ergebene Bitte, im Interesse der Sonntagsruhe eine Schließung sämtlicher Geschäfte, mit Ausnahme von Apotheken und Gastwirthschaften an Sonn- und Feiertagen von 12 Uhr ab, dagegen der Geschäfte der mit Lebensmitteln Handelnden von 2 Uhr ab herbeizuführen zu wollen. Motive: Durch die Konkurrenz gezwungen sind fast sämtliche Geschäftsinhaber veranlaßt, ihre Verkaufsräume nicht nur an den Wochentagen von früh 6 Uhr resp. 7 Uhr bis Abends 10 und 11 Uhr geöffnet zu halten, sondern auch Sonntags mit wenigen Ausnahmen dieselbe Zeit. Es ist denselben also jede Zeit zur Ruhe und Erholung genommen. Da aber die Sonntagsruhe nur auf gesetzlichem Wege durchführbar ist, da ferner die Nothwendigkeit derselben von allen beteiligten Seiten anerkannt wird, wie auch die 1885 stattgehabte Enquete beweist, so hofft die Versammlung, daß ihre Bitte Berücksichtigung finden wird.“

Die Puhler Berlins und Umgegend hielten am 19. d. M. unter Vorhitz des Herrn Dähne im königstädtischen Kasino eine öffentliche Versammlung ab und erörterte dieselbe in eriter Linie die Frage: „Wie stellen sich die Puhler Berlins zu den im Lohnkampfe befindlichen Kollegen außerhalb?“ Hierzu bemerkte der Vorsitzende, daß die Lage der Puhler in Aldeutschland eine gedrückte sei, so daß sie trotz Fleiß und Anstrengung nicht vermöchten, allen an sie heran tretenden Ansprüchen gerecht zu werden. Da die Verhältnisse außerhalb Berlins, in der Provinz, noch viel schlechtere sind, als hierorts, so hat Berlin unter dem Zugrunde nach Verbesserung ihrer Lage sich sehnenben auswärtigen Arbeitskräfte zu leihen. Im eigenen Interesse der Berliner Kollegen liege es daher, diejenigen auswärtigen Kollegen, welche zum Klassenbewußtsein gelangt und in einen Lohnkampf eingetreten sind (zur Zeit gegen 15 deutsche Städte), mit allen zu Gebote stehenden Mitteln nachdrücklich zu unterstützen. Wenn die Lage der auswärtigen Kollegen eine bessere würde, so würde dadurch auch die eigene Lage der Berliner Kollegen verbessert werden. Nach einer kurzen Berichterstattung über die vorliegenden Verhältnisse in den Städten, wo freiwillig oder unfreiwillig, eine Arbeitseinstellung der Maurer erfolgt ist, forderte Redner zur thatkräftigen Unterstützung der im Auslande befindlichen auswärtigen Kollegen auf. Dieser Aufforderung schloß sich Herr Dietrich in warmer Weise an, auch seinerseits dieselbe in beifälliger Weise begründend. Zu diesem Punkte der Tagesordnung wurde folgende Resolution beantragt: „Die heutige Generalversammlung der Puhler Berlins und Umgegend erklärt: In Anbetracht der in ganz Deutschland herrschenden traurigen Lage in unserer Berufs, welche nur zu befechtigen ist, indem immer weitere Kreise der Kollegen in die Agitation und Organisation für die Verkürzung der Arbeitszeit, sowie Verbesserung der Löhne herangezogen werden, erklären wir

uns mit dem Bestreben der Geschäftsleitung der Deutschlands, alle Maurer in diesem Kampfe zu unterstützen solidarisch und verpflichtet uns, regelmäßig zum Generalkongress der Puhler Berlins und Umgegend beizuzusteuern.“ Diese Resolution gelangte nach Schluß der Verhandlungen über diese Gelegenheit, in denen auch die Puhler an den gefassten Beschlüssen der großen Organisation der Maurer Berlins angeknüpft, erinnert und ernahmt worden, diesem Beschlusse kommen, zur einstimmigen Annahme. Der nunmehr zweite Punkt der Tagesordnung lautete: „Stellen Sie sich die Frage, ob die Puhler Berlins und Umgegend die Delegirten dazu?“ Der Passus „die für uns gewählten Delegirten“ erregte bei den Versammelten mancherseits Unruhe, wurde von Vor mundung gesprochen und einer Besprechung von 600 Maurern das Recht abgesprochen für die gewählten Berliner Maurerschaft Delegirte zu wählen. Auch wurde in ziemlich greller Weise auf die Kunst hingewiesen, welche die Maurern und Puhler bezüglich der Affordarbeit betreibt, „Grundstein“ als offizielles Organ anerkannt und der „Grundstein“ ausgesprochen, die für die Puhler gewählten Delegirten nicht gewählt zu betrachten. Diesen gewählten Ansichten trat Herr Dietrich in energischer Weise gegenüber, darauf vermerkt, daß der Kongress berufen sei, zum Gesamtwohl der Puhler Deutschlands eine neue Organisation zu schaffen und die Tagesfrage endgiltig zu regeln. Bezüglich der Affordarbeit stand auf dem Standpunkte, daß eine organisierte Affordarbeit durchzuführen nicht zu verwerflich sei, wie sie diejenigen hinstellen sich bemühen, welche behaupten: Affordarbeit ist Mordarbeit! Weiteren hielt Redner fest an dem gefassten Beschlusse, daß die Puhler Berlins solidarisch sein sollen und er hob entscheidend den Widerspruch gegen die angebliche „Vor mundung“. Auch sprach Redner nicht beizustimmen mit der geäußerten Ansicht, die Delegirten gewählten Puhler von den Maurern, als von diesen gewählt, befolgen zu lassen und warnte er ernstlich davor, die Gesamtkommission der Berliner Maurerschaft zu schädigen. Herr Dähne äußerte sich dahin, daß die von den Maurern gewählten Delegirten für die Puhler mit gebundenen Händen auf dem Kongress erscheinen würden, brachte besonders Herr Dietrich ein volles Vertrauen entgegen und besagte auch, daß bezüglich der Delegirtenwahl kein offenes Vorgehen obgewaltet werden und rechnete es der Berliner Maurerschaft nicht zur Ehre an, daß sie sich durch 15 Delegirte auf dem Kongresse vertreten lassen und vermöge der Stimmenzahl eine PreSSION auszuüben. Buchholz sprach sich in scharfer Weise gegen die vollkommene Delegirtenwahl aus, betrachtete die Kongressfrage als eine ständig getrennte und wünschte eine eigene Vertretung der Puhler auf dem Kongresse. In einer sehr langwierigen Debatte wurde die einschlägigen Verhältnisse weiter eingehend erörtert und auch Herr Wernau thatkräftig in dieselbe ein. Ein gemeinsamer Antrag, die gewählten Delegirten nicht anzuerkennen und einen Auftragertheilung Abstand genommen. Herr Dähne erklärte, durch die Rechtfertigung des Herrn Dietrich zufriedengestellt und nahm sein Misstrauensvotum zurück. Herr Dietrich dankte seinerseits die bindende Erklärung ab, auf dem Kongresse, auf dem von Herrn Wernau ausgearbeiteten Organisationsplan, für das Gesamtinteresse der Maurer Deutschlands mitzuwirken zu wollen. Der dritte Punkt der Tagesordnung lautete: „Die einzelnen Maßregelungen seitens der Innungen sind meister nach dem 1. Mai und deren Folgen.“ — Hierüber gepflogenen Verhandlungen konnte unser Berichterstatter nicht mehr beiwohnen, da er durch die Erfüllung eines anderen Auftrages daran verhindert war.

Versammlungen.

Das Schließen der Geschäfte an Sonn- und Feiertagen bildete in der am Montag Abend in Hensel's Salon, Invalidenstr. 1a, tagenden Versammlung von Geschäftsinhabern und -Inhaberrinnen den Gegenstand lebhafter Erörterungen. Die meisten Redner traten der von dem Einberufer Herrn Adler, Meyerstraße 33, in einem längeren Vortrag ausgeführten Ansicht bei, daß die Frage der Sonntagsruhe nur durch gesetzlichen Zwang geregelt werden könne, da alle bisherigen Versuche, auf dem Wege freier Vereinbarung diese Frage zu lösen, auf das Kläglichste ge-

Bad Weddingplatz

Reinickendorferstr. 2a.

Soolquelle Maria, Filiale vom Admiralsgarten-Bad. Komfortabel eingerichtete Badeanstalt.

Abtheilung für Herren und Damen.

Wannenbäder für Herren und Damen. Tagesbillet 50 Pf. 6 Abonnements-Billets à Bad 38 1/2 Pf. Natürliche Soolbäder für Herren und Damen. Tagesbillet M. 1,25. Abonnement 6 Billets à 1 M. Russisch-römische Bäder. Tagesbillet 1,25. Abonnement 6 Billets à 1 M. Montag und Donnerstag von 8 Uhr früh bis 1 Uhr Mittags nur für Damen. Volks-Brause-Bäder Billet 16 Pf. Die Direktion des Admiralsgarten-Bad.



Fussboden- Glasur-Lack-Farbe

1898) Für Berlin: Von 5 Pfund an frei ins Haus. Telefon: III 978. 8921.

R. J. Suter, Berlin N., Zionskirchstr. No. 44. Kastanien-Allee No. 60.

Feste Preise!

Adler & Baruch, 143 Dranienstr. 143, (zwischen Moritzplatz u. Brandenburgstr.)

Grosses Lager eleganter fertiger

Herren-Garderobe.

Gestellungen nach Maass werden gütigend in eigener Werkstatt bestens ausgeführt.

Reelle Bedienung!

Soeben erschien:

Heft 4.

Dr. W. Zimmermann's

Großer Deutscher Bauernkrieg.

Illustrirte Volksausgabe.

Herausgegeben von Wilhelm Bloß.

Preis pro Heft 20 Pfennig. Zu beziehen durch die Expedition, Bauthstrasse 3. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Schriftgiesser Berlins!

Allgemeine Versammlung

am Mittwoch, den 21. Mai, Abends 8 Uhr, in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstraße Nr. 48a.

- Tagesordnung:
1. Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung. 2. Verschiedenes.
Bei der Wichtigkeit dieser Versammlung ist das Erscheinen eines jeden Schriftgiessers notwendig. [521] Der Einberufer.

Große öffentliche Versammlung sämtlicher Schmiede

Berlins und Umgegend

am Mittwoch, den 21. Mai, Abends 8 Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstraße 72.

Tagesordnung: 1. Der Achtstundentag. Referent: Stadtverordneter Fr. Jubeil. 2. Verschiedenes. — Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht Der Einberufer.

Oeffentliche

Versammlung der Töpfer

am 23. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Franke (Bismarckhöhe) in Charlottenburg.

- Tagesordnung:
1. Errichtung einer Filiale der Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse. 2. Wahl einer Kommission und Aufnahme der Mitglieder. 3. Verschiedenes.

Zahnärztliche Poliklinik, Chaussoestr. 1a.

Meine Poliklinik für Zahnleidende ist wochentäglich von 8-10 Uhr Vormittags, 12-1 Uhr Mittags, 4-6 Uhr Nachmittags geöffnet. Behandlung und Zahnziehen unentgeltlich. Für Plomben und Kunstzähne werden dieselben Beträge berechnet wie im Universitäts-Institut. 883 Dr. Erich Richter, approbirter Zahnarzt.

Vorzüglich. Mehl,

gut kochende Hasenfrüchte, alle Mühlenfabrikate, Kaffee, Zucker, Schokolade, Vogelfutter, Taubenervosen, empfiehlt die Mehlhandlung von H. Mathies, 70. Grüner Weg 70, nahe der Koppenstrasse.

Nur 1 Mark kostet jede Uhr zu reinigen unter Garantie. Bei allen Reparaturen wird der Preis vorher gesagt. 1029

Eleser, Uhrmacher (Nachmann), Haunynstr. 15, Ecke Mariannenstr.

Knaben-Garderobe eigener Werkstatt. Knaben-Anzüge von 3 M. an bis zu den elegantesten. Grobes Stofflager f. Anfertigung nach Maass. Lager einzelner Knaben-Hosen in der Konfektion von H. Lindstädt, Nr. 34, part. Haltest. d. Pferdeb. a. d. Manteuffelstr.



Fabrik sorgfältig gearbeiteter Regenschirme u. Sonnenschirme Neue Ross-Str. 3 zu achten. Neuheiten vorjähr. Sonnen- schirme, halbe Preise. Bekannt reelle feste Preise. Auswärts per Nachnahme.

Maiblumen-

En-gros-Verkauf in der Kranzbinderei und Blumengeschäft von 1488 J. Meyer, Stallstr. 89, in der Ecke bei der Manteuffelstrasse.

Grabdenkmäler

in Marmor, Granit und Sgenit liefert bei solider Ausführung zu mäßigen Preisen W. Günther, Rixdorf, Hermannstr. 150. Fabrik: Stallstr. 9.

Achtung!

Rohrleger u. Helfer Berlins.

Eine gr. öffentl. Versammlung findet am Donnerstag, d. 22. Mai, Abends 8 Uhr, in Feuerstein's Salon (oberer Saal), Alte Jakobstraße 75, statt.

- Tages-Ordnung:
1. Situationsbericht unseres Streiks. 2. Verschiedenes. — Es ist Pflicht der Ehrensache, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Streikkommission.

Grosse öffentliche Versammlung aller in der

Baumantenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

am Mittwoch, den 21. Mai, Abends 8 Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße Nr. 77-78.

- Tagesordnung:
1. Gründung einer Freien Vereinigung. 2. Vorlegung der Statuten. 3. Eventuell Wahl des Vorstandes. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Wahl von Vertrauensleuten zur Streikkommission. 6. Verschiedenes. Dieser wichtigen Tagesordnung baldigst werden Kollegen und Kolleginnen ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Einberufer.

Achtung, Metallarbeiter!

Kollegen! Die am 7. d. M. in der öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung in der Brauerei Friedrichshagen gewählte Kommission zur Entgegennahme freiwilliger Beiträge zur Beschickung des Allgem. Metallarbeiter-Kongresses zu Weimar macht hierdurch nochmals bekannt, daß zu diesem Zweck von 10 Pf. bei den Unterzeichnenden zu haben sind und auch sonstige freiwillige Beiträge von denselben entgegenommen werden. Kollegen! Wir hoffen, daß Ihr zahlreichem Gebrauch machen werdet. Paul Hetz, Köpnickstr. 150, u. 4 Tr. Richard Boyer, Grüner Weg 10, Hof r. 4 Tr. Franz Hasselbach, Kottbuser Damm Nr. 36-37, v. 4 Tr.

Bettfedern!

reell und billig bei H. Marcus, Relieukonfektion, Strasse 5.